Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271. Dienstag, den 18. November 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Des Bußtages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Hie Schutzzoll — hie Freihandel.

Herr Franz Behrens, der Allerweltsmensch, gewesener Reichstagskandidat in Lübeck, der da versteht, es allen recht zu machen, der sowohl die Arbeiter-, als auch die Unternehmerinteressen zu vertreten weiß, der verbandsleitender Vorsitzender und Redakteur eines christlichen Landarbeiterverbandes, zugleich aber auch eingeschriebenes Mitglied des Bundes der Landwirte ist, der dem christlichen Gärtnerverbande (einer Arbeitnehmerorganisation) als geistiger Führer angehört, außerdem aber im führenden Gärtnereiunternehmerverbande Mitglied ist und seit einigen Jahren als der parlamentarische Vertrauensmann der Gärtnereiunternehmer sich betätigt, — der in ähnlicher Doppeleigenschaft auch noch an verschiedenen anderen Stellen seine wertvollen Dienste leistet, hatte sich auch anheischig gemacht, die Blütner, das heißt die Blumengeschäftsinhaber für die Schutzzollbestrebungen der Gärtnereibesitzer zu gewinnen. Er erfüllte damit eine Mission im Dienste der Gärtnereibesitzer. Durch seine persönlichen Beziehungen wurde ihm für den im August 1910 in Hamburg stattgehabten Verbandstag der Blumengeschäftsinhaber ein Referat mit dem Thema eingeräumt: „Ist eine Verständigung zwischen Fachverbänden der Gärtnerei in der Frage des Schutzzolles zweckmäßig?" Und er erreichte mit seinen Ausführungen dazu in der Tat zunächst lebhaften, anhaltenden Beifall, und dann noch einen Beschluß, nach welchem der Vorstand des Verbandes der Blumengeschäftsinhaber beauftragt wurde, ungesäumt mit den anderen Unternehmerverbänden der Gärtnerei in Verbindung zu treten, um mit diesen gemeinsam für einen „mäßigen Zoll auf Gärtnereierzeugnisse" zu wirken. Dieser rednerische Erfolg ist bezeichnend für das eigenartige Talent des Herrn Franz Behrens. Die Blumengeschäftsinhaber waren nämlich seit jeher ausgesprochene Freihändler und hatten sich hier einfach überlisten lassen. Sie haben später auch in der Tat ihren Freihandelsstandpunkt zeitweilig und teilweise verlassen, indem sie durch eine Vertretung an Vorverhandlungen für Gärtnereischutzzölle teilnahmen. Erst durch ihren diesjährigen Verbandstag haben sie sich wieder aus dieser teilweisen Umklammerung befreit, und einmütig erließen sie nun eine Kundgebung gegen die Schutzzollbestrebungen. Daraufhin hat der Verband der Handelsgärtner Deutschlands gegen den Verband der Blumengeschäftsinhaber eine flammende Kriegserklärung erlassen und nun tobt in der Fachpresse der Kampf: Hie Schutzzoll — hie Freihandel!

Die Blumengeschäftsinhaber haben, wie sich dabei herausstellt, zahlreiche Freunde auch im Lager der Gärtnereibesitzer selbst, ja, sie reklamieren für sich, das heißt für den Freihandel auch die größere Masse der Gärtner, nämlich alle die mittleren und kleineren Unternehmer, die neben ihrer Gärtnerei auch noch Blumenbinderei betreiben. Diese Unternehmer mit Doppelbetrieben sind aber vielfach auch doppelt organisiert: im Handelsgärtnerverband und im Blumengeschäftsinhaberverband. Der erstere verlangt jetzt eine klare Scheidung; er erklärt kategorisch: „Nach dem gegebenen Beispiel der Solidarität wird der Verband Quertreiber (Schutzzollgegner) in seinen Reihen nicht dulden!" Und der andere gibt zurück, das heiße: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein." „Da die sachlichen Argumente zu Ende sind, treibt man einer Desperadopolitik zu." Man sei in eingeweihten Kreisen der Schutzzöllner längst überzeugt, daß die Zollforderungen nicht durchführbar wären. Nach Bekanntwerden des einmütigen Bekenntnisses der Blütner für den Freihandel, habe selbst ein Vorstandsmitglied des Handelsgärtnerverbandes ausgerufen: „Einen größeren Gefallen konnten die Blütner uns wahrlich nicht erweisen, daß wir niemals Zoll bekommen werden." Der ganze jetzt eingeleitete Kriegsrummel gegen den Blütnerverband diene nur dem Zwecke, schon beizeiten für einen Sündenbock zu sorgen, von dem man sagen könne: „Seht dieser ist es, der das Scheitern unserer Wünsche verschuldet hat."

Sehr wertvoll für die Schutzzollgegner auch außerhalb der Kreise der eigentlichen Fachinteressenten sind folgende Aeußerungen, die die Blütner den Gärtnern ins Stammbuch schreiben: „Man bezeichnet die Schutzzollfrage als die wichtigste Existenzfrage der deutschen Gärtnerei. Man ist aber bisher den Beweis schuldig geblieben, welche existenzfördernden Momente in der Erfüllung der Schutzzollwünsche liegen sollen, und wie man sich den Einfluß auf die Existenzmöglichkeit der kleinen Gärtner denkt. Wer nicht mit Blindheit geschlagen sein will, weiß heute schon, daß der Segen der Schutzzölle, falls sie Wirklichkeit werden, nur in wenige Taschen fließt, und daß die Spekulation auf die Börse der Einwohner der Großstädte leicht eine Fehlspekulation werden kann, denn schon jetzt zeigt sich die großartige Wirkung der gegenwärtigen Zollpolitik, unter derem Schutz sich angeblich alle Erwerbszweige glänzend entwickelt haben, darin, daß die gegenwärtige Konjunktur und die immer geringer werdende Kaufkraft des Publikums gerade das Gegenteil beweisen. Nicht das Gros der kleineren und mittleren Gärtner steht hinter den Zollforderungen, sondern es sind die Vertreter der Großkulturen, die Besitzer der bedeutenden Betriebe der Großstädte und die Inhaber der großen Versandgeschäfte. Und weshalb diese? Weil ihr Weizen eben bei der Einführung des Zolles auf Pflanzen und Schnittblumen in allererster Linie blühen muß. Aus den gleichen Gründen hat sich auch der Grossistenverband für den Zoll ausgesprochen. Je schwieriger und umständlicher der Bezug ausländischer Gartenbauerzeugnisse gestaltet wird, je schneller und je mehr wenden sich die Abnehmer aus den Kreisen der kleineren Gärtner und Blütner von dem direkten Bezuge ab, und um so gründlicher und aussichtsvoller entwickelt sich dann der Handel der vermittelnden Großfirmen. Wie dem deutschen Volke durch die maßlosen Ansprüche der Agrarier eine permanente Teuerung beschert wurde, die in weiten Kreisen bereits eine Unterernährung befürchten läßt, so soll nun, um den „lückenlosen Zolltarif" durchzusetzen, auch den Klein-Agrariern geholfen, den Blütnern aber der Brotkorb höher gehängt und dem Volke die Möglichkeit zum wohlfeilen Erwerb von Blumenschmuck erschwert werden. Die natürliche Folge der durch den Zoll sich ergebenden Warenverteuerung ist die Einschränkung des Bedarfs unserer Artikel durch die Konsumenten, denn sie müßten die Preiserhöhung doch letzten Endes bezahlen; also ist Rückgang statt Fortschritt zu erwarten."

Die Schützzöllner prunken damit, daß in den Verbänden, die hinter ihren Forderungen ständen, rund 20 000 Gärtnereiinteressenten vereinigt seien. Diese Zahl, so meint aber das Organ der Blütner, schrumpfe auf etwa 4000 zusammen, wenn man alle die in Abzug bringe, die in Wirklichkeit an dem Zoll gar kein Interesse haben. Und: „Wenn die kleinen deutschen Gärtner, die mit den Blütnern auf die nun einmal unentbehrliche Einfuhr ausländischer Blumen angewiesen sind, nur den Mut fänden, sich von dem Sirenengesang der Großinteressenten nicht länger betören zu lassen, so würden auch die 8000 Mitglieder des führenden Handelsgärtnerverbandes vermutlich eine beträchtliche Einbuße erfahren. Aber weil es dann leicht nach der Melodie geht: Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein, findet man nicht die Kraft, sich von der Bevormundung frei zu machen, hat wohl auch oft nicht die erforderliche Beurteilung, um die für sich richtige Vertretung in der Zollfrage zu gewinnen."

Hat also Franz Behrens jetzt hier seine Missionsrolle ausgespielt, so dient ihm nunmehr der christliche Gärtnereigehilfenverband als Sturmbock für die Schutzzöllnerei. Bei diesem Gehilfenverbande fand er den aufnahmefähigen Boden einmal, weil dessen Leiter in der Schutzzollbefürwortung ein Mitel erkennen, durch das sie ihrem Verbande das Wohlwollen der Arbeitgeber sichern; und dann, weil die Mitglieder viel zu wenig Erfahrung besitzen, viel zu wenig die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung im wirtschaftspolitischen Leben zu beurteilen verstehen, um zu erkennen, daß sie mit solcher Haltung nicht bloß die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft schädigen, sondern sogar sich selbst den gleichen Schaden zufügen, wenn ihre Schutzzollfreundschaft zu Erfolgen führen würde. Denn auch sie, die Gärtnereiarbeitnehmer, sind ja Konsumenten von Obst, Gemüsen und Blumen, und sie müssen diese ebenfalls zu den höheren Preisen bezahlen, die etwaige Zölle notwendigerweise hervorbringen würden.

Der Krieg zwischen Gartenbauagrariern und Blütnern (Blumengeschäftsinhabern) in der Fachpresse, der jetzt erst eigentlich begonnen hat, dürfte noch mancherlei zutage fördern, das der Schutzzöllnerei empfindliche Schlappen versetzen wird. Beschäftigen die Blütner sich auch nur mit den besonderen Fragen, die sich auf Ziergärtnereierzeugnisse beziehen, so liegt auf der Hand, daß die Gegnerschaft gegen Gemüse- und Obstzölle damit ebenfalls gestärkt wird. Heischt schon der Blumenkonsum den Freihandel, so heischen diesen Obst und Gemüse, die bekanntlich gesundesten Volksnahrungsmittel, in noch viel höherem Maße.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die geängstigten „Schienenflicker".

Der vor Jahren durch den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Fusangel veranlaßte Schienenflicker-Prozeß hat damals enthüllt, wie die staatlichen Abnahmebeamten ganz systematisch hinter das Licht geführt werden. Dieses System ist nicht etwa verschwunden, es existiert noch immer, wie erst jüngst an einem Falle gezeigt wurde, der vor der Strafkamer in Hagen spielte und mit der Verurteilung einiger Werkmeister endete. Aus Anlaß des Krupp-Prozesses hat nun das Zentraleisenbahnamt in Berlin die Abnahmebedingungen anscheinend verschärft, denn in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" entrüstet sich ein Großindustrieller gewaltig über den Bureaukratismus, der der Industrie das Leben sauer macht. Er schildert, wie angeblich junge, kaum warm gewordene Beamte, denen jede Lebenserfahrung abgeht, sehr häufig die „Quelle allen Uebels" sind. Und dann plaudert der Mann wie folgt aus der Schule:

„Der Schaden, der durch rigorose Abnahme entsteht, ist oft unübersehbar, und die Werke werden förmlich gezwungen, nach Auswegen zu suchen, um ihn abzuwenden. Die Angestellten der Werke, selbst wenn sie ohne jedes Interesse an der Herstellung und an der geldlichen Wirkung sind, werden durch zwecklose Schärfe mißmutig und versuchen auch ihrerseits den scharfen Abnehmern entgegen zu arbeiten, sei es, daß sie das Interesse des Werkes auf andere Weise wahrzunehmen sich gezwungen sehen. Es ist das ein rein menschlicher Vorgang, der in dem Sprichwort: „Allzu scharf macht schartig" seine natürliche Erklärung findet. Es ist schon mehr als einmal vorgekommen, daß das von jungen Abnehmern beanstandete Material zurückgelegt und später von einem erfahreneren Beamten anstandslos übernommen wurde."

Der Mitarbeiter des Scharfmacherblattes schildert nun einen Fall, in dem einem Werk ein Schaden von 600 Mk. entstand, weil ein Stück wegen eines angeblich unbedeutenden Falles nicht angenommen wurde und fährt dann fort:

„Kann man es dem Meister, der von seiner Direktion natürlich wegen dieses Fehlers ganz gehörig mitgenommen wurde, übelnehmen, wenn er in Zukunft einen solchen Fehler durch Ueberarbeitung unsichtbar macht, und wenn er auch in weniger harmlosen Fällen derartiges versucht? Kann man es dem betreffenden Betriebschef übelnehmen, wenn er, um solchen Scherereien zu entgehen, in Zukunft ein Auge zudrückt? Offen und ehrlich ist der Fehler zugegeben worden, mit welchem Erfolge sieht man! Es würde deshalb sicherlich im Interesse der Eisenbahnverwaltung wie der Lieferwerke liegen, wenn die Grundsätze, nach denen Abnahmen vorgenommen und insbesonder Beamte dazu bestimmt werden, einer gründlichen Nachprüfung unterzogen würden."

Darauf wird das Eisenbahnzentralamt hoffentlich nicht eingehen. Das Reich und die Einzelstaaten müssen den Schienenlieferanten so gepfefferte Preise zahlen, daß sie unbedingt tadellose Ware verlangen müssen. Die Darlegungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" sollten im Gegenteil dazu führen, den Herrschaften noch schärfer auf die Hände zu sehen.

Die Freude der Krupp-Presse.

Die Ablehnung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, an den Verhandlungen der Rüstungskommission teilzunehmen, wird von der Berliner bürgerlichen Presse, je nach ihrem Parteistandpunkt, verschieden kommentiert. Während die fortschrittliche Presse es für bedauerlich ansieht, daß die Sozialdemokraten nicht an den Verhandlungen teilnehmen — die „Vossische Zeitung" z. B. bemerkt, daß der Reichskanzler nicht gut beraten war, als er sich durch Ablehnung der Berufung des Abgeordneten Dr. Liebknecht in schroffen Widerspruch mit seinen eigenen Worten setzte —, ist die Krupp-Presse anscheinend sehr erfreut darüber, daß die Kommission ohne Beteiligung der Sozialdemokraten verhandeln kann. — Erwähnt sei noch eine Auslassung der „Berliner Volkszeitung", die dahin geht:

„Ueberall, in der ganzen Welt, wo derartige Kommissionen zusammenbrufen wrden, erkennt man den nächsten Anspruch auf die Mitgliedschaft demjenigen zu, der den Anstoß zur Abstellung von Mißbräuchen gegeben hat; demjenigen also, der den Stein ins Rollen gebracht hat. Wenn man demgegenüber ohne jeden plausiblen Grund gerade den Abgeordneten Dr. Liebknecht, der sich das Verdienst der Aufdeckung des Kruppskandals doch nun einmal unzweifelhaft erworben hat, von der Kommission ausschließt, so ist das in der Tat eine gröbliche Brüskierung der sozialdemokratischen Fraktion, auf die die Fraktion aus Gründen der Selbstachtung schlechterdings nicht anders hat rea-

gieren können, als sie es durch den Rüstungskommissionsstreik korrekterweise getan hat."

Die „Tägliche Rundschau" gibt sich alle Mühe, aus der Geschichte der Verfassung des Deutschen Reiches nachzuweisen, daß es völlig in das Belieben des Reichskanzlers gestellt war, welche Mitglieder des Reichstages er einladen wollte.

Die „Post" faßt ihre Ausführungen dahin zusammen, daß es wichtig sei, von vornherein fest zu nageln, daß die sozialdemokratische Fraktion Dr. Liebknecht vorgeschlagen hat, obwohl sie im voraus der Ablehnung durch die Reichsregierung gewiß sein konnte. Daran knüpft sie die Hoffnung, daß die Linksliberalen auf den „sozialdemokratischen Schwindel" nicht hereinfallen werden.

In dieselbe Kerbe schlagen auch die „Berliner Neuesten Nachrichten", die den Genossen Liebknecht als den traurigen Helden einer riesenhaften Skandalaffäre bezeichnen, den in ein Richterkollegium über diesen Skandal zu entsenden, der einfachste Takt verbieten mußte. Der Regierung wird der Rat gegeben, aus diesem Vorfall zu lernen, und niemals und nirgends mehr in der Zukunft dem Reichstage Befugnisse einzuräumen, die ihm nach der Verfassung nicht zustehen.

Als Kuriosum sei nur noch die Stellungnahme des Organs der nationalliberalen Partei, des „Deutschen Kurier" erwähnt. Dieses Blatt, das anscheinend die letzten Tage in einen tiefen Schlaf versunken war, weiß nämlich zu berichten:

„Die Sozialdemokraten bleiben der Kommission fern, die heute zusammentritt, um das Lieferungswesen für Rüstungszwecke zu prüfen. Der von der roten Partei vorgeschlagene Liebknecht war bekanntlich abgelehnt worden und einen anderen, etwa Noske-Chemnitz will sie nicht präsentieren."

Das Organ der nationalliberalen Partei ist wirklich auf der Höhe.!

Das Zentrum will sein Opfer haben.

Nachdem das Zentrum in Baden bei den Wahlen so gut abgeschnitten hat, daß es beinahe mit den Konservativen zusammen eine Mehrheit erlangt hätte und sie mit „seinen" Nationalliberalen vielleicht sogar hat, verlangt es als Siegspreis den Abgang des liberalen Ministeriums. Der Geistliche Rat Wacker, der Führer des badischen Zentrums, hielt im Volksverein für das katholische Deutschland in Freiburg eine Rede, in der er u. a. betonte, der Großblock sei bei den letzten Wahlen zu Tode getroffen worden. Man könne die Großblock-Aera als überwunden betrachten, wenn auch nicht als vollständig vorüber. Dem müsse man nun Rechnung tragen, namentlich von dem gegenwärtigen badischen Ministerium, das durch und durch liberal sei. Gerade dem Ministerium rufe das Wahlergebnis deutlich zu: Die Großblock-Aera ist vorüber. Nach rechts gehe der Zug in Baden! Was den Ministerwechsel angehe, von dem man in der letzten Zeit so oft habe hören können, so wäre das Wahlergebnis wohl dazu angetan, daß der eine oder andere der Minister sich die Frage vorlege, ob es nicht ein Gebot der politischen Schicklichkeit ist, seinen Platz zu räumen; denn die schwere Niederlage des Großblocks sei auch für jeden Großblockfreund unter den Ministern eine Niederlage. Es sei jedoch nicht Sache des Zentrums, Minister zu stürzen, aber die Zentrumsfraktion werde den Ministern gegenüber mehr Energie an den Tag legen müssen.

Das badische Zentrum wird also wohl, nach dem Muster der schwarzen Herren in Bayern, demnächst den Versuch machen, das Ministerium wegzuekeln. Ob es gelingt, wird sich erst zeigen müssen.

Keine sexuelle Aufklärung für Studenten.

Vor einiger Zeit berichtete die „Köln. Volksztg." über einen am 6. November in Berlin vom Deutschen Bund für Mutterschutz veranstalteten, vor Studenten gehaltenen Vortrag über die sexuelle Frage. Das fromme Zentrumsblatt kann sich noch nicht darüber beruhigen, daß dieser Vortrag in einer Universität gehalten werden konnte. Empört kommt das rheinische Blatt nochmals auf den Vortrag zurück und bemerkt: „Es gibt doch noch Instanzen über der Universität, welche Veranlassung haben, sich mit der Sache zu beschäftigen. Und wenn auch diese Instanzen mit einem leichten Achselzucken darüber hinweggehen sollten, so gibt es zum Glück noch eine unabhängige Volksvertretung, die dann öffentlich das richtige Wort finden wird, um derartige Zustände für die Zukunft unmöglich zu machen."

Hoffentlich hat der Reichstag wieder einmal das Vergnügen, den frommen Muckern gründlich den Text lesen zu können.

Die Reform des Irrenrechts

wurde auf der sonntägigen Generalversammlung des Bundes für Irrenrecht und Irrenfürsorge in Berlin in verschiedenen Referaten und schließlich in einer Depesche an den Reichskanzler gefordert. Es wurde darauf hingewiesen, daß die in der Verfassung verkündete Sicherheit der persönlichen Freiheit durch verschiedene Internierungen — auch von mißliebig gewordenen und sich wehrenden Beamten — erschüttert worden sei. Professor Lehmann-Hohenberg teilte mit, daß in Weimar demnächst gegen zwei Ärzte verhandelt wird, die seinerzeit die Überweisung Lehmann-Hohenbergs an eine Irrenanstalt aufs schärfste kritisiert hatten.

Die Ostmarken-Zulagen.

Mit erheblicher Mehrheit hat der Reichstag diese Korruptionszulagen abgelehnt, trotzdem will der Staatssekretär des Reichspostamts mit dieser Forderung wiederkommen. Wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, hat sich das Reichsschatzamt damit einverstanden erklärt. Die abermalige Ablehnung ist natürlich sicher; Herr Kraetke verfolgt aber mit jener Taktik einen bestimmten Zweck, er rechnet damit, daß der Reichstag nach den nächsten Wahlen anders zusammengesetzt sein wird. Würde er aber erst dann mit der Forderung der Ostmarkenzulage wieder hervortreten, dann wäre ihre Durchsetzung vielleicht etwas schwieriger, als wenn sie in den Vorjahren stets im Etat enthalten war, und allerdings gestrichen wurde.

Keine 80 Millionenforderung des Kolonialamtes.

Vor kurzer Zeit war mitgeteilt worden, daß zwischen dem Reichs-Kolonialamt und dem Reichsschatzamt Differenzen entstanden sind, weil 80 Millionen Mark für Eisenbahnbauten in Kamerun verlangt werden. Wie die Scherlpresse nun mitteilt, entbehrt diese Meldung der Begründung, denn im Etat für Kamerun werden nur die fälligen Raten für bereits bewilligte Eisenbahnen angefordert werden. Aus der Sprache der Dementierfüchse in das Deutsche übertragen wird damit zum Ausdruck gebracht, daß das Reichskolonialamt mit seinen Forderungen abgefallen ist.

Erhöhung der Arzneitaxe.

Die bayerische Regierung hat beim Bundesrat die Erhöhung der Arzneitaxe beantragt und dieses Verlangen mit der schlechten wirtschaftlichen Lage begründet, in der sich viele Land-Apotheker befinden. — Daß die Besitzer mancher ländlichen Apotheken nicht gerade auf Rosen gebettet sind, ist unstreitig richtig. Aber es ist doch ein höchst eigenartiger Weg, wenn man, um diesem Übelstande abzuhelfen, nun dem ganzen deutschen Volke die Arzneimittel verteuern will. Das würde dazu führen, daß die Phantasiepreise, die bereits heute für viele Apotheken bezahlt werden, noch weiter in die Höhe getrieben werden.

Untersuchung gegen den Zentrumsabgeordneten Euler.

Die „Köln. Volkszeitung" teilt mit, daß der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei das Wahlkreiskomitee von Saarburg-Merzig-Saarlouis beauftragt habe, den Fall Euler zu untersuchen. Euler war Vertreter dieses Wahlkreises. Das Ergebnis der Untersuchung soll dann der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses mitgeteilt werden.

Unterirdische Arbeit.

Vor einiger Zeit erschien eine Broschüre „Englands Weltherrschaft und die deutsche Luxusflotte" von Lookout. In dieser Broschüre wird einer beschleunigten Flottenrüstung das Wort geredet. Hinter dem Pseudonym des Verfassers vermutete man zunächst einen hohen Seeoffizier oder einen hohen Staatsbeamten, der die Sache aus bester Quelle wissen mußte. — Wie nun die bürgerliche Zeitschrift „Die Friedenswarte" feststellt, ist der Verfasser dieser Schrift der Schriftsteller Adolf Stein, der seit geraumer Zeit im Patriotismus tätig ist und damit offenbar keine schlechten Geschäfte macht. Wie die zitierte Zeitschrift weiter feststellt, wurde der patriotische Stein bald nach dem Erscheinen der Broschüre auf mehrere Tage auf dem deutschen Linienschiff „Kaiser Wilhelm II.", dem Flaggenschiff des damaligen Kontreadmirals Lans, eingeschifft, um den Betrieb eines Lehrgeschwaders kennen zu lernen. Bei dem geheimen Charakter, den die Uebungen dieses Geschwaders haben, bedeutet die Einladung des patriotischen Schriftstellers ein Zeichen besonderen Vertrauens. Das Blatt fügt dann hinzu:

„Man könnte sie auch als eine besondere Anerkennung auffassen, und die Marine täte daher gut, in Zukunft derartige Schriftsteller nicht an Bord zu nehmen. Was sollen diese überhaupt an Bord? Es wäre zu weitgehend, eine Vermutung auszusprechen, welcher Protektion oder Fürsprache der Schriftsteller Adolf Stein seinen Aufenthalt auf dem Geschwader verdankt. Es ist betreffs der von ihm verfaßten Sensationsbroschüre bekannt geworden, daß Stein, als ihm die Verlagsanstalt die Arbeit anbot, zunächst ablehnte, sich aber der Bearbeitung unterzog, als ihm das Material von der Verlagsanstalt zur Verfügung gestellt wurde. Auf wessen Veranlassung hat nun Adolf Stein geschrieben? War es der Flottenverein, war es die Großindustrie?"

Vielleicht wird bei der Beratung des Marine-Etats der Staatssekretär Tirpitz darüber Aufklärung geben können, wo die Verdienste des Schriftstellers Stein liegen, daß ihm eine solche Bevorzugung zuteil geworden ist!

Der Meininger Landtag

ist von der Regierung zu einer wahrscheilich nur wenige Wochen dauernden Beratung auf den 20. November einberufen worden. Nach den bis jetzt vorliegenden Entwürfen wird sich der Landtag zu beschäftigen haben: mit der Nachprüfung der Staatshaushaltsrechnung für 1911, mit dem Verkauf von Waldgrundstücken, mit einem neuen Hebammengesetz, das weit höhere Gebühren als bisher vorsieht, mit einem Gesetzentwurf betr. die Bestrafung wegen Hinterziehung von Gemeindesteuern und mit dem Etat des Oberlandesgerichts Jena für 1914/16.

Balkan.

Die Situation auf dem Balkan. Das starke Rumänien hat der Türkei den Frieden mit Griechenland auferlegt. Dabei werden die wichtigen Fragen über die Abgrenzung der kaiserlich osmanischen Domänengüter und über die Unterhaltspflicht des türkischen Staatsschatzes für die 105 000 Kriegsgefangenen der Türkei in Griechenland vom Schiedsgericht im Haag entschieden werden. Alle strittigen Eisenbahnfragen erledigt die Pariser Konferenz. Der normale Handelsverkehr zwischen der Türkei und dem hervorragend seefahrenden Griechenvolk tritt wieder in seine alten Rechte. Außerdem übte die Finanzmacht Frankreich den stärksten Druck auf die erschöpfte Türkei mit der Drohung aus, daß ihr solange der Pariser Markt verschlossen bleibe, bis zu Griechenland normale Beziehungen hergestellt seien. Das wirkte.

Griechenland seinerseits drang auf die rasche Unterzeichnung, um seine Machtmittel in der Albanesenfrage frei und verwendbar zu haben. Die Forderungen Österreichs und Italiens, den siegreichen Griechen die Städte Santiquaranta, Delfino, Campos, Konitza trotz der griechischen Einwohnerschaft abzunehmen und als Südalbanien den Arnauten zuzuschlagen, werden in Athen auf heftigsten Widerstand stoßen, seitdem die türkische Gefahr endgültig beseitigt ist. Der neue Balkanbund: Rumänien, Serbien und Griechenland tritt diplomatisch und militärisch geschlossen auf.

Dagegen begann Bulgarien mit Österreich und der Türkei geheime Verhandlungen. Die Belgrader „Politica" weiß aus diplomatischer Quelle, daß König Ferdinand von Bulgarien eine geheime Militär- und Kriegskonvention in Schönbrunn mit dem Grafen Berchtold geschlossen habe, um seine Dynastie zu retten und den gemeinsamen Feind Serbien zu bedrohen.

Die Serben befürchten eine gemeinsame Aktion Österreichs, Bulgariens und der Türkei zum kommenden Frühjahr. Diese Sorge ist unbegründet; denn die Finanzkrise im habsburgischen Donaureiche hat geradezu bedrohliche Formen angenommen, und das Königreich Rumänien übt auf die in Österreich lebenden 3,3 Millionen Rumänen eine ebenso starke Anziehungskraft aus, wie das Königreich Serbien auf die 5,6 Millionen Serben und 1,2 Millionen Slowenen in Süd-Österreich. Dadurch wird der bulgarisch-österreichische Bund einigermaßen in Schach gehalten.

Italien aber lauert auf den Augenblick, wo es seine Hand auf die Bucht von Vallona legen kann, um durch diesen Hauptschlag seiner imperialistischen Politik der wachsenden Unzufriedenheit im Innern Herr zu werden

China.

Auflösung des Parlaments. Der chinesische Ministerrat hat, nach einem Kabeltelegramm aus Schanghai, beschlossen, das Parlament aufzulösen und den Zentralverwaltungsausschuß anzuweisen, bis zum Ende dieses Jahres neue Vorschriften für das Parlament aufzustellen. Die Neuwahlen sollen am 15. März stattfinden und das Parlament im April einberufen werden. Das Unterrichtsministerium hat Vorschriften über die allmähliche Einführung des Schulzwangs für alle Kinder von mehr als acht Jahren erlassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Dienstag, 18. November.

Die Bürgerschaft hatte gestern so etwas wie einen „großen Tag". Die Beratungsgegenstände, die zur Erörterung und Verabschiedung gelangten, können Anspruch auf weitgehendes öffentliches Interesse erheben. Man darf auch sagen, daß sich die gepflogene Debatte auf einer für unser Vierklassenparlament sehr ansehnlichen Höhe bewegte. Zunächst stand der Antrag von Mantau auf Beseitigung des Bürgerausschusses zur Diskussion, der von seinem Urheber in eingehender Weise begründet wurde. Daß auf seine Annahme bestimmt zu rechnen war, konnte man schon aus der Tatsache entnehmen, daß ihn nicht weniger als 61 Bürgerschaftsmitglieder, darunter auch die Sozialdemokraten, unterschrieben hatten. Allerdings wollen nicht alle Unterzeichner den Bürgerausschuß in die Wolfsschlucht werfen, sondern die Ausführungen von Dr. Ziehl, Scharff und Buchwald ließen erkennen, daß von dieser Seite eine Reform erstrebt wird, die der Konservierung dieser höchst überflüssigen Institution dienen soll. Genosse Dr. Schlomer betonte in seiner wirkungsvollen Rede, daß der Bürgerausschuß ein Bleiklotz für die Staatsmaschinerie sei. In den Bürgerausschuß wähle man nicht die Tüchtigen, sondern diejenigen, die Zeit haben. Bezeichnend sei es, daß man so tüchtige und fleißige Bürgerschaftsmitglieder wie Stelling bisher immer vom Bürgerausschuß ausgeschlossen habe. Zur Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft und zur Vermeidung unnützer Redereien sei aber auch die Bildung von Fraktionen notwendig. Allerdings würde das wohl schwer fallen, denn die Erstklassigen sind ein großer Haufe ohne Programm, von Cliquen zur Vertretung ihrer Interessen gewählt, wie ja jetzt zur Wahl von ihnen selbst gesagt wird. Mit dem Hinweis darauf, daß eine Gesundung unseres Staatswesens erst möglich sei, wenn ein gerechtes Wahlrecht geschaffen werde, schloß Dr. Schlomer seine von lebhaftem Bravo der Sozialdemokraten unterstrichenen, den Kern der Sache treffenden Ausführungen. Der Senat schwieg dazu. Der Antrag Mantau wurde dann gegen die Stimmen von Dahms und Benn-Nusse an eine von der Bürgerschaft zu wählende Kommission verwiesen.

Weit wichtiger als die Aufhebung des Bürgerausschusses ist für weitere Kreise unserer Bevölkerung die Frage der Arbeitslosigkeit und das Ergreifen von Maßnahmen zu deren Linderung sowie Schaffung einer Arbeitslosenversicherung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte entsprechende Anträge eingebracht, die Genosse Stelling unter großer Aufmerksamkeit des Hauses eingehend begründete. Er lieferte an der Hand einwandfreien, reichhaltigen Materials zunächst den Nachweis, daß wie im Reich auch leider in Lübeck eine umfängliche Arbeitslosigkeit besteht. Wenn andere Kreise sich in mißlicher Lage befinden, so wenden sie sich mit dem Ersuchen um Hilfe an den Staat; das gleiche Recht haben auch die Arbeiter, die — im Gegensatz zu den Ausführungen Kleins — ein für den Staat sehr wichtiger Bestandteil unserer Einwohnerschaft sind. Der Staat habe die Verpflichtung, im Interesse der Volksgesundheit die notwendigen Maßnahmen zu treffen und zunächst alle bevorstehenden Arbeiten, deren Ausführung doch notwendig sei, möglichst sofort in Angriff zu nehmen. Weiter sei die Schaffung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung erforderlich, da das Reich bisher versagt habe. Ueber das einzuführende System könne man sich ja unterhalten. Redner wies dann die von keinerlei sozialem Verständnis zeugenden Darlegungen des Sekretärs der Gewerbekammer, Dr. Allendorf, im Industrieverein scharf zurück und nagelte die Gefühlsroheit des Amtsblattes, das die Arbeitslosen als Arbeitsscheue bezeichnet hatte, gebührend an. Herr Dahms vom Amtsblatt schämte sich anscheinend selbst über die Aeußerungen seines jungen Mannes, denn er behauptete, daß sie gar nicht in den „Lübeckischen Anzeigen" gestanden hätten. Zum „Beweis" dafür legte er einige Zeitungsnummern vor, in denen der betreffende Artikel nicht enthalten war. Warum nicht lieber gleich einige Hundert Nummern, wenn sich nur dabei nicht die vom 1. November befand, die die Schimpfepistel „Rote Masken" enthält. Darin befindet sich nämlich, oben auf der zweiten Seite, die Beschimpfung der Arbeitslosen, indem dort behauptet wird, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie auf die Arbeitsscheu. Mit Genuß

tung soll konstatiert werden, daß sich die gestrigen Beratungen außerordentlich angenehm von solchen Tiraden gemüts- und verständnisloser bürgerlicher Journalisten und Kammerangestellten abhoben. Auch die Gegner der einzelstaatlichen Arbeitslosenversicherung, mit Herrn H. Thiel an der Spitze, bewahrten eine vornehme Sachlichkeit, die wir gern anerkennen, wenn wir ihre Gründe auch für verkehrt halten. Herr Dr. Hartwig sprach sich von bürgerlicher Seite für die Arbeitslosenversicherung aus. Schließlich wurde der Antrag auf baldmögliche Schaffung von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit fast einstimmig dem Bürgerausschuß überwiesen. Der Antrag betr. Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung kommt noch zur zweiten Lesung, da er nicht an eine Bürgerschaftskommission verwiesen wurde, wie Stelling beantragt hatte, und auch nicht die zur sofortigen Ueberweisung an den Bürgerausschuß erforderliche Zweidrittelmehrheit auf sich vereinigte.

Die Eingabe der Handlungsgehilfen auf Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wurde vom Genossen Stelling als Antrag aufgenommen und befürwortet. Sie gelangte nach kurzer Erörterung an den Bürgerausschuß. Angenommen wurde ein Antrag von Meyborg auf einheitliche Regelung des Gehaltes der lübeckischen Zollbeamten. Die Anfrage Buchwalds über die Niederlegung und den Wiederaufbau des Holstentors wurde vom Senatstisch dahin beantwortet, daß die Sache mit dem Kaiser-Wilhelm-Volkshaus nicht in Zusammenhang gebracht werden soll. Mit dieser Auskunft war Herr Buchwald zufrieden.

Um 10¼ Uhr schloß darauf der Wortführer die Versammlung der Bürgerschaft.

Die Bürgerschaftswahlen gehen heute unter recht lebhafter Beteiligung vor sich. Besonders in den Mittagsstunden war der Andrang in verschiedenen Wahllokalen, hauptsächlich in den Arbeiterquartieren, stark. Das Straßenbild wird von der Wahl allerdings sehr wenig beeinflußt. Dafür ist die bürgerliche Presse im Inseratenteil heute mit giftigen Angriffen gefüllt, die die feindlichen Brüder des Bürgertums gegeneinander erheben. Den Wählern wird geradezu ein Ekel beigebracht vor denen, die sie wählen sollen. Sehr rührend ist es ferner, wenn jetzt Gruppen, die an der niederträchtigen Entrechtung der minderbemittelten Bürger Lübecks hervorragend mitgewirkt haben, diesen eine Wahlrechtsänderung zu deren Gunsten versprechen. Nichts ist doch widerlicher als eine solche Heuchelei. Selbst bürgerliche Kreise erblicken darin nichts als eine Verhöhnung derjenigen, die man entrechtet hat. Bemerkt sei noch — vielleicht trägt es zur Charakterisierung der Aktion bei — daß der oberste der hiesigen Reichsverbändler eine Wahlrechtsreform zugunsten der bürgerlichen Minderbemittelten verspricht, während es doch seinerzeit der jetzige Reichsverbandsgeschäftsführer, früherer Amtsblatt-Redakteur war, der die Entrechtung der werktätigen Bevölkerung in der ihm eigenen Weise zu begründen versuchte.

Vom Theaterbesuch. Das Stadttheater wurde im Oktober 1913 an 31 Abenden von 16 772 zahlenden Personen besucht, also durchschnittlich von 541 gegen 536 im Oktober 1912. Der größte Besuch war am 18. Oktober mit 1020 Personen („Theodor Körner"), der kleinste Besuch am 27. Oktober mit 195 Personen („Theodor Körner). An 4 Nachmittags-Vorstellungen besuchten 3699 zahlende Personen, also durchschnittlich 925, gegen 756 in 5 Vorstellungen im Oktober 1912 das Stadttheater.

Kontrollversammlungen. Donnerstag, den 20. November, vormittags 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1910. Donnerstag, den 20. November, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1911 und 1912, sowie für sämtliche zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie, ferner diejenigen Mannschaften der Infanterie der Jahresklasse 1901, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1910 eingetreten sind.

Zur Schlägerei in der Fackenburger Allee. Die drei Viehhändler, welche an der Schlägerei in der Fackenburger Allee, bei der ein junger Mann getötet wurde, beteiligt sein sollen, sind jetzt aus der Haft entlassen worden.

h. r. **Die Kunst des Renaissance-Zeitalters in Deutschland.** Vorträge der Oberschulbehörde zu Lübeck. In seinem fünften Vortrag sprach Herr Dr. Schaefer, Lübeck über Hans Holbein, der zu Dürer in einem Gegensatze steht, da seine Werke mehr von der Natur begünstigt, leicht hingeworfen und mit Leichtigkeit gezeichnet sind; jedoch macht sich von ihnen ein fester und sicherer Zug des Künstlers erkennbar. Holbein ist als Sohn eines Kunst- und Portraitmalers im Jahre 1497 zu Augsburg geboren, kam mit 18 Jahren (1515) nach Basel und machte sich dort nach einigen Jahren selbständig. Aus dem Jahre 1518 haben wir das Bildnis seiner Frau und das des Bürgermeisters von Basel und viele andere Portraits. Im nächsten Jahre schuf er auch Randzeichnungen und Entwürfe für Holzschnitte. Dann folgen Zeichnungen für ein Gebetbuch, der Totentanz, das Haus eines Schulmeisters, Altargemälde für Basel und zwei Madonnen-Bilder. 1528 siedelte er nach London über. Hier wurde er sehr bald als Portraitmaler berühmt. Später kam er dann noch 2 Jahre wieder nach Basel zurück und vollendete einige schon früher in Auftrag genommene Werke. Wieder in London angelangt, kam er nach dem Stahlhof und lernte hier viele deutsche Kaufleute kennen. Seine nächsten Werke sind dann Bildnisse von Kaufleuten, von Heinrich VIII., der Tyrann des Reichtums und der Armut. Dann trat er mit dem Hofkanzler in Verbindung und wurde durch diesen später königlicher Hofmaler. Er malte alle, auch die Damen, von der Königin bis herab zur Waschfrau. 1543 ist er an der Pest im Alter von 46 Jahren gestorben. Der Vortragende zeigte zum Schluß eine Anzahl der Werke Holbeins in Lichtbildern; der Totentanz ist davon besonders nennenswert. Am nächsten Montag wird Herr Dr. Schaefer über Lukas Cranach sprechen.

Der Lübecker Verein für Luftfahrt hielt am Montag, dem 17. November in der Schiffergesellschaft seine diesjährige Hauptversammlung ab. Dem dort erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß auch das verflossene Vereinsgeschäftsjahr — 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 — ein sehr ereignisreiches für den Verein gewesen ist. Es werden dann die verschiedenen größeren Veranstaltungen des Vereins erwähnt. Weiter wird betont, daß außerdem 7 Freiballonaufstiege veranstaltet worden sind. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß trotz der erheblichen Aufwendungen für die verschiedenen sportlichen Veranstaltungen noch ein Kassenbestand von 212,32 Mark verblieb. Bei den vorgenommenen Vorstandswahlen wurden die ausscheidenden Herren Senator Fr. Ewers, Rechtsanwalt Otto Schorer und Direktor der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Max Hase wiedergewählt. Beschlossen wurde die Beschaffung eines neuen Vereinsabzeichens und der vorgelegte Entwurf zur Ausführung angenommen. Bemerkenswert ist, daß dem Lübecker Verein für dieses Jahr der Vorsitz in der Nordwestgruppe des Deutschen Luftfahrer-Verbandes übertragen worden ist.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 17. dss. Mts. gegen Abend ist in der Schwartauer Allee ein Fahrrad, Marke „Tornado", mit schwarzem Gestell, gelben Felgen und gelben Schutzblechen mit roten Streifen, noch oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse, Patentsattel, der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4633 und der Fabriknummer 222454 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Unfug.** In der Nacht vom 11./12. dss. Mts. ist von einem an der Johannisstraße belegenen Hause ein Ende Zinkrohr von einer Regentraufe, von etwa 4 Meter Länge, abhandengekommen und vermutlich von Unfug treibenden Personen abgerissen und verschleppt worden.

pb. **Steckbriefling.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Schneider aus Zarpen, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Altona wegen Betruges im Rückfalle steckbrieflich verfolgt wird.

Markthalle. Wegen des Buß- und Bettages findet der nächste Hauptmarkttag am Dienstag, dem 18. d. M., statt. Die Markthalle wird an diesem Tage auch abends von 5 bis 8 Uhr geöffnet sein.

E. **Eutin.** Folgendes Alkohols. Zu einer wüsten Schlägerei kam es am Sonnabend abend im Restaurant „Mariental", wobei leider das Messer eine große Rolle spielte. Die Verletzungen einiger daran Beteiligten sind sehr schwer. Besonders bedauerlich ist es, daß es Arbeiter sind, die an der Rauferei teilnahmen. Es wäre besser, wenn jeder Arbeiter sich mehr um seine Organisation kümmerte, anstatt daß er im Suff zum Kriegervereinsball geht, wo er nichts verloren hat und von wo er kaputte Knochen mit nach Hause bringt.

Volksdorf bei Hamburg. Ein scheußliches Verbrechen ist Sonntag nacht in der Baracke am Bergstedter Weg, in der etwa 50 Arbeiter der Firma Habermann & Guckes wohnen, verübt worden. Die fremden Leute wurden plötzlich durch ein starkes Röcheln und Stöhnen aufgeweckt. Als man der Sache auf den Grund ging, fand man einen Arbeiter aus einer furchtbaren Wunde blutend vor. Der Ueberfallene hatte von ruchloser Hand mit einem Beil einen Schlag bekommen, der ihm beide Backenknochen und das Nasenbein zertrümmert hat, sowie einen Teil der Zunge erheblich verletzte. An dem Aufkommen des Verwundeten wird gezweifelt. Der mutmaßliche Täter soll ein Schlachter sein, der früher schon mal bei der Firma Habermann & Guckes gearbeitet hat.

Wandsbek. Stadtverordnetenwahlsieg. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl eroberten unsere Genossen ein Mandat, das sie früher im Besitz und später wieder verloren hatten.

Neumünster. Tödlicher Unglücksfall. Der vierzigjährige Oberputzer Christian Blöcker wurde in der Nähe der Maschinenhalle von den Puffern zweier Maschinen totgedrückt. Blöcker hatte in der Nähe der Betriebswerkstatt aus dem Kanal der von ihm bedienten Maschine die Asche entfernt und richtete sich dann auf, um wegzugehen. In nächster Nähe stand eine zweite Zugmaschine, und an deren einen Puffer hatte sich Blöcker mit der Hand gestützt. Plötzlich fuhr die eine dieser Maschinen an, der Oberputzer vermochte sich nicht mehr in Sicherheit zu bringen, er wurde von den Puffern der beiden Maschinen erfaßt und auf der Stelle getötet.

Apenrade. Bigamie und Mordverdacht. Vor einiger Zeit wurde hier der Maurer Schusterreit aus Ostpreußen wegen Bigamie festgenommen und nach Flensburg übergeführt. Bald darauf wurde auch seine Frau, eine verwitwete Blaase, verhaftet, weil sie gewußt haben soll, daß Sch. verheiratet war. Dem Vernehmen nach steht jedoch die Frau im Verdacht, ihren ersten Mann vergiftet zu haben. Blaase war dem Trunke ergeben und im Arbeitshause untergebracht. Etwa drei Wochen vor seinem Tode wurde er von seiner Frau, die inzwischen ein Logierhaus eröffnet hatte, aufgenommen. Zu den Einloggierern zählte auch Schusterreit. Die Bigamie und der Verdacht der gewaltsamen Beseitigung des B. soll durch einen Streit der neuen Eheleute herausgekommen sein.

Meldorf. Gewitter im November. Bei einem über unsere Landschaft dahinziehenden heftigen Gewitter schlug im unweit belegenen Ort Windbergen der Blitz in das Stallgebäude auf dem Gewese des Landmannes Claus Claußen und setzte dasselbe in Brand. Das Feuer griff gar bald auch auf das Wohnhaus über, sodaß das ganze Gewese ein Raub der Flammen wurde, in denen auch Jungvieh und Schweine umkamen.

Uetersen. Raubmordversuch. Der Gärtner Albert Siemer aus der Heimatkolonie Schäferhof bei Pinneberg, verübte in der Nachbarortschaft Appen an der 77jährigen Frau Hauschildt einen Raubmordversuch. Er ist flüchtig.

Parchim. Vom Zuge zermalmt. Auf der Strecke Nettelbeck-Putlitz warf sich die Frau des Mühlenbauers Gau aus Putlitz in einem Anfall von geistiger Umnachtung vor den Suckower Frühzug und wurde vollständig zermalmt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Kröpelin. Kinderhandel in Mecklenburg. Der Gemeindevorstand in Schmadebeck bei Kröpelin erläßt in den Zeitungen folgendes Inserat:

„Für 2 gesunde kräftige Kinder von 10 und 11 Jahren (Mädchen) wird von der Gemeinde ohne Vergütung gegen eine Jahresrente von 32 Mk. pro Kind Unterkommen gesucht. Meldung erbeten an den

Gemeinde-Vorstand Schmadebeck bei Kröpelin."

Die sehr staatserhaltende „Rostocker Zeitung" schreibt dazu:

„Wem angesichts eines solchen An- und Ausgebots eines solchen Kindersklavenhandels im Lande Mecklenburg nicht die Schamröte ins Gesicht steigt, dessen Scham ist vor die Hunde gegangen."

Die frühere Polizeiassistentin Henriette Arendt hat vor kurzer Zeit ein Buch erscheinen lassen über den Kinderhandel in Deutschland. Die haarsträubenden Belege, die sie dort für ihre Behauptungen beibrachte, werden durch dieses Inserat eines mecklenburgischen Gemeindevorstandes noch um eine sehr interessante Nummer vermehrt.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen:

Bandiener Abs. Bautechniker Arndt. Schiffszimmermann Bygand. Lagerist Bähnke. Arbeiter Bahrs. Kutscher Baumann. Schriftsetzer Becker. Schmiedegeselle Bernhard. Reisender Bohnsack. Heizer Braun. Schneider Cornels in Behlendorf. Arbeiter Daniels. Böttchergeselle Dechau. Hofpächter Evers in Padelügge. Hufner Franck. Expedient Grantz. Arbeiter Groth in Moorgarten. Landmann Grube. Arbeiter Haas. Tischlergeselle Heitmann. Schriftsetzer Herberger. Landmann Hildebrandt in Teutendorf. Handlungsgehilfe Hormann. Arbeiter Fierhot. Hauptmann a. D. von Huth. Hufner Karstedt in Brodten. Steinmetzgeselle Klink. Schlossergeselle Krause. Barbier und Friseur Kröhne. Bureauvorsteher Krohne. Arbeiter Lehnhard. Viertelhufner Litzenroth in Ritzerau. Lagermeister Manegold. Schuhmacher Maske. Zimmerpolier Matthiesen. Bierfahrer Meher. Privatmann Mildenstein. Buchhalter Möller. Handlungsgehilfe Oloff. Bautechniker Parbs. Landmann Plötze in Teutendorf. Mechanikergehilfe Reinecke. Bureauvorsteher Runge. Handlungsgehilfe Siem. Maschinenmeister Sünnenwold. Arbeiter Tamm. Brauergehilfe Untermann. Privatmann Untermann. Bankvorsteher Warnck. Zigarrenhändler Wichmann.

Sie haben am 5. November 1913 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 9. bis 15. November 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

1. November. Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. L. E. F. Wittern. 2. Schiffskoch K. F. W. Jacobs. 6. Träger W. F. Böckmann. 7. Kaufmann K. H. J. Haarstick. Schlosser H. F. J. Wieck. Schiffszimmermann R. Th. N. Sager. 8. Arbeiter E. F. E. Oldenburg. 9. Tischlergeselle A. F. W. Freese. Arbeiter H. C. M. Dechau. Vermessungsarbeiter F. W. C. Sachs. Fischhändler J. J. H. H. Ehmke. Arbeiter J. H. K. Mahncke. 10. Arbeiter Ch. F. W. Möller. 12. Gärtner C. H. W. Strunck. 13. Eisenbahnarbeiter K. G. Plewe.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

3. November. Flußschiffer H. W. Th. Kahl. Bootsmann W. H. F. Hallier. 4. Güterbodenarbeiter A. H. O. Collin. 5. Arbeiter W. C. J. Schulz. Arbeiter W. J. J. Stegmann. 6. Kutscher F. J. Westphal. 7. Bureaugehilfe bei der Armenbehörde C. L. E. Wruck. Schneider K. F. Messfeldt. Viehhändler M. J. Beth. 8. Monteur F. W. Tschuschke. 9. Arbeiter P. K. E. Buchholz. Arbeiter W. Ch. C. Mehrpahl. Arbeiter H. F. W. H. K. Holst. 10. Kaufmann J. A. W. Wolpmann. Handlungsgehilfe Th. F. H. Marquardt. Arbeiter J. C. G. A. Brookmann. Maschinist J. H. G. Benecke. Geschäftsreisender K. Th. Jarck. 11. Straßenreiniger J. J. W. Robrahn. Kaufmann J. H. F. Riepenhausen. 12. Buchdrucker B. Chudzinski. Arbeiter A. H. F. Böttcher. 14. Kaufmann B. E. A. A. Finger.

Angeordnete Aufgebote.

10. November: Geschäftsführer A. W. A. Holst und A. K. Jürs. Lehrer W. K. H. Müther in Friedland und C. J. H. K. Petersen. Kutscher H. F. Wittern und A. K. M. Löhn in Neumünster. Maurergeselle F. K. P. Meyer und D. F. A. Köttnitz, beide in Neumünster. 11. Postbote J. H. H. J. Ahrendt in Hamburg und F. Schütz. Arbeiter M. J. Wildhagen und D. K. M. Möller, beide in Grönwohld. Handlungsgehilfe P. Jönsson und F. H. A. Hartmann. Güterbodenarbeiter W. H. H. Ollmann und A. M. L. Schröder in Klein-Rünz. Fischhändler H. W. D. Utermöhl und F. E. A. Remstatt geb. Kranz. 12. Lehrer H. J. H. Clasen und M. E. Voss. Kaufmann O. G. J. Mariens und M. K. D. Bockholt. Arbeiter J. Paulini und A. K. M. Kleinfeldt geb. Beckmann. Musketier E. J. H. Glindmeyer und A. K. Kühl in Meldorf. 13. Fleischer F. P. Vollprecht in Greifenberg und H. A. F. Ressel in Dresden. Handlungsgehilfe R. H. W. Spethmann und E. M. A. Sievert. 14. Geschäftsreisender K. H. J. Heitmann und A. F. Schnüber. Schiffszimmermann K. A. W. Kaley in Hamburg und J. K. E. H. Fiske in Zarrentin. 15. Arbeiter E. Slowinski und M. D. Piskorczyk in Nächst-Neuendorf. Schmiedegeselle H. H. O. Jastram und M. A. H. Grube. Schlossergeselle O. K. E. Baumgarten und B. K. A. Schultz gen. Schmidt.

Eheschließungen.

11. November. Friseur A. F. Möller in Rendsburg und T. S. L. Schreyer. Kutscher E. O. H. Lender und M. M. E. Köster in Klein-Mist. 12. Arbeiter O. T. E. Mansson und A. A. Johansson. 13. Schiffsoffizier H. W. U. Sahmkow in Hamburg und M. S. Carstens. 15. Arbeiter J. F. Teckenburg und A. M. D. E. Ehmke geb. Poggensee. Arbeiter L. R. O. Krohmann und B. A. Insten geb. Breede. Handlungsgehilfe P. H. D. E. Stoeick und M. A. J. Jürgens in Roggenhorst. Arbeiter A. H. F. Sprank und W. H. Röhrenberg. Handelsmann F. Gaebel und D. W. Suhl.

Sterbefälle.

7. November. W. K. E. Braasch, 6 Mt. 8. H. F. K. Böckmann, 2 T. 9. Ein totgeb. Knabe, V.: Arbeiter R. F. W. J. H. Rebien. Chr. S. M. geb. Rubbert, Witwe des Arbeiters J. J. Horstmann, 87 J. Arbeiter J. F. A. Dietz, 83 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Kaufman W. J. M. Schewell. Gastwirt W. F. Chr. Denker, 53 J. F. C. geb. Meier, Witwe des Kätners H. H. Graack, 81 J. A. L. geb. Saeger, Witwe des Schneiders H. J. Wilms, 67 J. 10. Privatmann K. H. W. L. Lahl, 78 J. C. Chr. A. geb. Kruhl, Ehefrau des Tischlers H. F. Chr. Dencker, 53 J. Ein Knabe, 1 Tag, V.: Arbeiter H. C. M. Dechau. D. M. S. J. Bannow, 25 J. F. E. A. Denker, 1 J. D. S. M. geb. Odewahn, geschiedene Ehefrau des Schneidermeisters J. J. F. Bandholdt, 59 J. St. Ratajak, 31 J. 11. M. W. J. Flügel, 86 J. 12. K. L. W. G. Moeller, 5 Mt. A. A. geb. Mix, Ehefrau des früheren Schneidermeisters G. F. Spies, 84 J. D. M. C. geb. Weimann, Ehefrau des Tischlers E. D. H. Teckenburg, 38 J. D. S. geb. Hustfeldt, Witwe des Arbeiters H. H. Reher, 84 J. Arbeiter P. R. Kraß, 29 J. (Offendorf). 13. Zollaufseher a. D. J. F. Meier, 75 J. 14. Ein totgeb. Mädchen, V.: Schmied H. Chr. W. Cornehl. M. C. A. Gellentin, 21 J. Navigationsschüler R. Vorkamp, 27 J. 15. M. A. J. A. geb. Deiß, Ehefrau des Kaufmanns und Konsuls H. L. Behncke, 61 J.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Wilhelm Rahfoth
Lübeck Untertrave 113
Weine und Spirituosen
in allen Preislagen :: (8545
und in nur besten Qualitäten

Glasscheiben aller Art billigst, Kitt, Draht, Diamanten etc.
Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handlung,
Hüxtertor-Allee 13. Fernspr. 808.

Gegen Gutscheine bis Ende 1914 auf Pfd. 1 Ia. Taschenmesser, 1 Schere od. 1 Mosaik-Brosche, 20 Pfd. 1 Doublee-Uhrkette. (220
Schumann & Wille, Wittenberge.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und Dornestraße 16a, Holstentor.
Fernsprecher 1113.

Beerdigungs-Institut „Pietät"
H. Grimm
Wickedestr. 49. Fernruf 1424.
Uebernahme ganzer Beerdigungen u. Feuerbestattungen.
8621) Ueberführungen mit eigenem Transportwagen.
Großes Lager von **Särgen** und **Einkleidungen** jeder Art.

Gelegenheitskauf
wegen Rücktritt einer Verlobung ist das bestellte Mobilier sofort bedeutend unter Preis zu verkaufen.
8631) **Lager Wahmstr. 83.**

Zöpfe, Puppen, Perücken
sowie jede Haararbeit werden billigst angefertigt. (8615
J. Lau, Friseur,
Dankwartsgrube 43.

Akademischer Unterricht
in der Damenschneiderei, Maßnehmen, Musterzeichnen und Zuschneiden sämtl. Damen- u. Kindergarderoben. (8634
Es können noch einige Damen an den Abendkursen teilnehmen.
Frau Baisch,
Große Burgstraße 42, III.

Rum u. Rotwein

sehr grosse Auswahl — von billigster bis feinster Qualität. 8627

Samos angenehm süß und milde . . . . . **80** ₰ bis **1.50** **Portweine** . . . . . **1.20** bis **5.00**
Liköre ca. 50 Sorten zu **1.10** bis **1.40** etc. **Punsch-Essenz 1.25 1.50 2.00**
Mosel- u. Rheinweine von **90** Pfg. bis **4.50** Mk.

F. P. Ahrens, Weinhandlung **Königstraße 73** Eingang Hüxstraße.

Im
Pelz-Haus
Friedrich
Zimmermann
Beckergrube 50
größte Auswahl in
Pelz-
Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Muffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Baretts, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Fellteppiche, Wagendecken.
Reparaturen etc. schnell und billig.
Kein Ausverkauf nach der Saison.
8000)
Sehr billige Detailpreise.
Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Moderne Herren-Kleidung
unter vollster Garantie.
Anfertigung
in kürzester Zeit aus prima Stoff.
Jackett- } Anzüge, sowie (8638
Gehrock- } Ulster, Paletots
36.00 45.00 51.00
Große Auswahl mod. Stoffe,
105 I. Hüxstr. 105 I.

Wand-Uhren
Mehrjährige Garantie—enorm billig
Reparatur. vorherige Preisangabe.
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm. ob. Johannisstr. 20.

8797

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
8367 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Zentralverband der Zimmerer
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 20. November
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Tarifkommission über die Verhandlung mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes.
2. Beschlußfassung über Gewährung von Unterstützung an die arbeitslosen Kameraden zu Weihnachten.
3. Vorstandswahl.
4. Innere Verbandsangelegenheit.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kameraden dringend notwendig.
8629) Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Sonntag, den 23. November 1913:
Bunter Abend
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Mitwirkende: **Frau Konzertsängerin Dahlke-Kappes, Herr Rezitator Emil Walkotte und Herr Kapellmeister Nitzsche, sämtlich aus Berlin.**
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Preis der Karte 30 Pfg., Garderobe 10 Pfg.
Karten an den bekannten Stellen. (8463
Der Vorstand.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

8625 **1- und 2-läufige billige Jagdgewehre, Flobert-Gewehre u. Pistolen Revolver.**
Messer & Waffen-Haus
Jesschau, Lübeck Breite Str. 27.

Zentralverb. prolet. Freidenker
Ortsgruppe Lübeck.
Die Mitgliederversammlung d. Mittwoch, dem 19. November, fällt aus und findet
am Mittwoch, d. 26. Novb.
statt.
8628) **Der Vorstand.**

Verband d. Maler
Des Bußtages wegen fällt unsere Versammlung am Mittwoch, d. 19. November aus.
8633) **Der Vorstand.**

Gasthof Kl.-Mühlen
Sonntag, den 23. November
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
8617) **Otto Evers.**

Zentral-Halle
Dankwartsgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
Anfang 8 Uhr.
2) Ende 12 Uhr.

Fackenburger Liedertafel
Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 19. November
nachmittags 4 Uhr.

30. Stiftungsfest
am Sonnabend, d. 22. November
in F. L. Paetaus Gesellschaftshaus
Fackenburg.
Anfang des Balles 7½ Uhr abends. Ende morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein
8623) **Der Vorstand.**

Süfke's Gasthaus
Rensefeld.
Am Mittwoch, dem 19. November
Verschießen und Ausspielen
von
Gänsen, Karpfen u. Rauchfleisch.
Hierzu ladet ein (8
J. Süfke.

Neues Stadttheater
Dienstag, den 18. November 191
55. V. i. Voll-Ab. 10. V. i. Dienstag-
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 U
Der Biberpelz
Eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann.
Mittelpreise.
Mittwoch, den 19. November.
Geschlossen.
(Bußtag). (8
Donnerstag, den 20. November 1
56. V. i. Voll-A. 10. V. i. Donnerst.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 12 U
Die Meistersinger v. Nürnbe
Große Oper von Rich. Wagner.
Große Preise.
Freitag, den 21. November 191
57. Vst. i. Voll-Ab. 10. Vst. i. Freit.-
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ U
Carmen.
Oper von Bizet.
Große Preise.
Voranzeige!
Sonntag, den 23. November 191
Neuheit! Neuheit!
Die Kino-Königin

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 271. Dienstag, den 18. November 1913. 20. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 17. November.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet um 6 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Der Wortführer kommt auf eine Aeußerung Söhrmanns (Travemünde) zurück, die dieser in der Sitzung vom 10. November in bezug auf die 50 000 Mark Garantiesumme zum Konversationshaus gebraucht hat. Söhrmann führte damals das Wort Bestechung an. Wegen dieser Aeußerung, die am Präsidententisch damals im Zusammenhang nicht genau verstanden wurde, ruft der Wortführer Söhrmann nachträglich zur Ordnung.

Der Senat ist der abgeänderten Senatsvorlage betr. die Gesindekrankenkasse beigetreten, ebenso dem Beschluß, 3 Bürgerschaftsmitglieder der Radiumankaufskommission anzugliedern. In diese Komission wurden gewählt: Dr. Schlomer, Dr. Wetzke und Dr. Ziehl.

1. Antrag von Mantau und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, eine Revision der Verfassung mit dem Ziele der Abschaffung des Bürgerausschusses und dessen Ersetzung durch ständige Kommissionen der Bürgerschaft in Erwägung zu ziehen.

Mantau: Schon vor 10 Jahren hat Herr Coleman gewünscht, die Sitzungen des Bürgerausschusses möchten den Bürgerschaftsmitgliedern zugänglich sein. Damals habe man sich noch nicht so weit zu versteigen getraut, zu beantragen, den Bürgerausschuß in seiner heutigen Form aufzuheben. Nur die Presse habe sich dafür ausgesprochen. 61 Herren hätten sich jetzt seinem Antrag angeschlossen, andere nachher bedauert, das nicht getan zu haben. Der Senat habe sich sozusagen auch gegen die 2. Lesung gesträubt, weil er darin den Anfang vom Ende des Bürgerausschusses sah. Durch diese zweite Lesung entfalle ein Argument für das Dasein des Bürgerausschusses. Vielleicht sei auch im Senat die Meinung aufgetaucht, daß es so nicht weiter gehen könne. Redner betont, kein Umstürzler zu sein, aber diese Form des Bürgerausschusses sei überlebt. Mit dem Hamburger könne er nicht verglichen werden, jener habe nur untergeordnete Bedeutung. Relativ habe der Bürgerausschuß nur wenig Wert, erfordere große Aufwendung von Zeit und Kraft, die er hinter verschlossenen Türen verbrauche. In keinem anderen Parlament sei eine ähnliche Einrichtung vorhanden. Die Arbeit des Bürgerausschusses für die Bürgerschaft sei unfruchtbar, die Verhandlungen in der Bürgerschaft fingen wieder an derselben Stelle an, wie im Bürgerausschuß. Da wäre es doch zweckmäßiger, die Kommission in der Bürgerschaft gleich einzusetzen, statt erst im Bürgerausschuß. Die einzelnen Mitglieder seien stark überlastet, so daß es fraglich erscheine, ob sich für die Dauer Männer finden, die diese Arbeit übernehmen. Jurist, Kaufmann und Beamter müßten sich ihren Berufen widmen. Gründliche Arbeit könne der Bürgerausschuß doch nicht leisten, die Zeit bis zur Vorlage an die Bürgerschaft sei mitunter reichlich kurz. Es soll sogar vorgekommen sein, daß Vorlagen ungeprüft an die Bürgerschaft gelangten. Dem Senat werde es mitunter leicht, die Vorlagen im Bürgerausschuß durchzubringen, habe er dieses Ziel erreicht, dann sei auch der Widerstand in der Bürgerschaft nicht mehr allzu groß. Finanz-, Bau-, Schulkommissionen aus der Mitte der Bürgerschaft würden denselben Zweck erfüllen und manche Arbeit ersparen. Der ganze Geschäftsapparat würde dadurch vereinfacht.

Buchwald: Einer ernstlichen Prüfung ist diese Frage in der Bürgerschaft noch nicht unterzogen worden, nur in der Presse. Es fragt sich aber, ob sie spruchreif genug ist, um die schwerwiegende Verfassungsänderung durchzuführen. Wenn der Antragsteller nur bezweckt, die Sache ins Rollen zu bringen, dann ist doch damit nichts erreicht. Was würden Sie sagen, wenn der Senat die Vorlagen so unvorbereitet an die Bürgerschaft gelangen ließe. An alle Mitglieder der Bürgerschaft wird eine große Arbeitsanforderung gestellt. Es gibt aber nicht ein einziges Staatswesen in Deutschland, das sich den ungeheuren Luxus leisten kann, auf 1000 Einwohner vom Kind bis zum Greis einen Volksvertreter zu haben. Gewiß hat sich der Bürgerausschuß überlebt, man muß sich dann aber auch fragen, wie die Wahlen zu den bürgerlichen Deputationen vor sich gehen sollen. Diese dürfen unter keinen Umständen in das Parteigetriebe gezogen werden. Ich beantrage Kommissionsberatung.

Scharff: Der Vergleich des Vorredners ist unberechtigt. Was uns der Senat entgegenbringt, muß scharf umrissen sein. Ich bin nicht für den Antrag Mantau in seiner Fassung, aber für eine Aenderung des jetzigen Zustandes. Der Bürgerausschuß setzt meistens nur Kommissionen ein, um Zeit zu gewinnen. Es liegt nicht im Staatswohl, wenn Anträge 2 Jahre lang im Bürgerausschuß liegen bleiben. Der Bürgerausschuß muß nicht abgeschafft, sondern entlastet werden. Das kann geschehen, wenn nur Senatsanträge der Bürgerschaft vorgelegt werden, die über die Kompetenz der Aufgaben des Bürgerausschusses hinausgehen. Die Bürgerschaft sollte gleich über zweckmäßige Aenderungen beraten, nicht erst den Antrag dem Bürgerausschuß überweisen.

Dr. Schlomer: Die beiden Vorredner hegen geheime Freundschaft für den Bürgerausschuß und wollen ihn lebensfähig erhalten. Es ist ein vergebliches Beginnen. Er ist ein Hindernis für unsere ganze Tätigkeit, ein Bleiklotz unserer Entwicklung. Gelobt wird er als geeignetes Mitel für die Wahlen und kleinen Vorlagen. Der Bürgerausschuß ist kein Vertrauensausschuß der gesamten Bürgerschaft. Wer weiß, wie die Wahlen dazu vor sich gehen, der wird erkennen, daß nicht jene hineinkommen, die die Mehrheit der Bürgerschaft gewählt haben will, sondern es wird nur dahin erwogen, wer die nötige Zeit dazu hat. Wenigstens ist dies so bei den bürgerlichen Mitgliedern. Bei uns ist es anders. Sie haben Stelling nicht hineindelegiert und damit bewiesen, daß Sie nicht die Geeignetsten wählen, sondern andere Gesichtspunkte gelten lassen. Ich bestreite, daß der Bürgerausschuß ein Vertrauensausschuß ist. Die dort vorgenommenen Wahlen haben keinen Vorteil gegenüber denjenigen in der Bürgerschaft. Sie werden vorbereitet von einer Kommission, die vom Zufall zusammengesetzt ist. An die, welche diese vorschlägt, ist der Bürgerausschuß gebunden. Er nimmt die wieder, welche in den Deputationen waren. Ebenso ist es mit der Beratung der kleineren Vorlagen, mit denen man die Bürgerschaft nicht belästigen könne. Es mag wohl sein, daß auch kleine Vorlagen in der Bürgerschaft zu größeren Debatten Anlaß geben, aber nicht mehr wie im Bürgerausschuß. In der letzten Sitzung des Bürgerausschusses ist zur Beratung einer Vorlage eine ganze halbe Minute gebraucht worden, da ist es schon besser, sie geht an die Bürgerschaft. Wie die ständigen Kommissionen eingesetzt werden sollen, ob dies vorher beraten oder erst hier zur Vorlage kommen soll, darin kann man sich in der Kommission beraten, die von der Bürgerschaft eingesetzt wird. Eine Aenderung in der Wertschätzung des Bürgerausschusses ist eingetreten. Vor einigen Jahren sagte noch der Senat, wenn wir den Bürgerausschuß nicht hätten, müßten wir darauf sinnen, ihn zu erfinden. Heute pflichtet dem kein einziges Bürgerschaftsmitglied bei. Es hat sich im allgemeinen herausgestellt, daß der Bürgerausschuß ein Hindernis für die schnelle Erledigung der Vorlagen ist. Sie sagten früher, man sei so lange Gegner des Bürgerausschusses, als man nicht darin sei. Von dieser Anschauung bin ich seit meinem Eintritt in diese Körperschaft nicht überzeugt worden. Die Debatten stehen auf keinem höheren Niveau als in der Bürgerschaft. Zu größeren Debatten kommt es nicht, es werden immer gleich Kommissionen eingesetzt. Ueber den Bericht sprechen dann nur die Kommissionsmitglieder, die anderen schweigen still. Insofern leistet der Bürgerausschuß als solcher keine Arbeit. Diese Kommissionen können besser und praktischer durch die Bürgerschaft eingesetzt werden, weil hier eine größere Zahl von Mitgliedern zur Verfügung steht. Jetzt ist es Zufall, wenn die Herren, die sich für eine Vorlage interessieren, gerade im Bürgerausschuß sitzen. Bei der Beratung über die Arbeiter- und Angestelltenvorlage wurde ich gewählt, da wäre es doch besser, meinen Freund Hoff zu nehmen, der sich ständig mit diesen Fragen beschäftigt. Aber das ging nicht, weil er am 1. Dezember aus dem Bürgerausschuß scheidet. Auf jeden Fall ist es besser, wenn die Kommissionen bei jeder Gelegenheit von der Bürgerschaft gewählt werden. Es hängt immer nur vom Zufall ab, ob eine Vorlage im Bürgerausschuß gründlich beraten wird oder nicht. Eine solche Einrichtung, die nur vom Zufall abhängig ist, kann ich nicht als notwendiges Glied unserer Verfassung anerkennen, sie muß möglichst schnell beseitigt werden. Von Nachteil ist ebenfalls, daß der Bürgerausschuß in nicht öffentlicher Sitzung beratet. Das schadet den Vorlagen. Die Hauptsache für eine Vorlage ist, daß die Oeffentlichkeit dazu Stellung nehmen kann. Das kann sie jetzt mangels gesetzlicher Bestimmung nicht, und wenn die Vorlage an die Bürgerschaft kommt, ist die Zeit dazu zu kurz; so daß wichtige Fragen weder in der Bürgerschaft noch in der Oeffentlichkeit das nötige Interesse finden. Das hat sich gerade bei der Armengesetzgebung und in der Eingemeindungsfrage fühlbar gemacht. Die Bürgerschaftsmehrheit nahm nicht das Wort, weil alles schon im Bürgerausschuß abgemacht war, und die Oeffentlichkeit sagte nichts, weil alles festbeschlossene Sache war. Der Bürgerausschuß ist nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich für das öffentliche Leben, deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen. Was an seine Stelle gesetzt werden soll, bedarf eines Vergleichs mit anderen Verfassungen. Bestimmtes will ich nicht festlegen, das wird die Bürgerschaft selbst machen. Es wurde auch gesagt, wir arbeiteten so langsam, weil wir zu groß an Zahl seien. Es gibt andere Staaten, die die gleiche Vertreterzahl haben. Daran liegt es nicht. Wir sind deshalb nicht genügend arbeitsfähig, weil wir einen großen unorganisierten Haufen darstellen, keine Fraktionen haben. Redet ein Mitglied von unserer Seite, weiß die Bürgerschaft, daß die andern mit ihm gehen, bei Ihnen redet jeder für seine eigene Person, die niemand hinter sich hat. So muß jeder das Wort nehmen und die Debatten werden dadurch ausgedehnt. Deshalb müssen Sie sich vor allem entschließen, Fraktionen zu bilden. Ob dies bei Ihnen möglich ist, möchte ich allerdings bezweifeln, weil Sie selbst in den Wahlkundgebungen sagen, daß Sie keine Grundsätze haben und nur aus Cliquen bestehen. Was wir früher vermutet und ausgesprochen haben, geben Sie jetzt selbst zu. Wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte, woran er ist. Sie haben kein Programm, keiner wagt sich zu offenbaren außer in anonymen Inseraten. Sie sind Vertreter einzelner Cliquen und beurteilen die Vorlagen nicht nach großen programmatischen Gesichtspunkten, sondern nach persönlichen Interessen. Hätten wir ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, so müßten Sie sich Ihren Wählern gegenüber verantworten, dann wäre die Sachlage ganz anders. Dies wäre der erste Schritt zur Gesundung der Bürgerschaft; dann könnte man den Bürgerausschuß ganz und gar entbehren. Daran glauben Sie aber nicht. Nehmen Sie den Antrag an. (Beifall bei den Soz.)

Mantau weist den Vorwurf Buchwalds zurück, daß sein Antrag anders gemeint sei als wie er vorliege. Redner begründet noch einmal seinen Standpunkt zu dem Antrag.

Dr. Wittern: Sollte die Fassung des Antrages zur Ablehnung führen, möchte ich eine andere vorschlagen: zu prüfen, ob sämtliche oder nur einzelne Befugnisse des Bürgerausschusses einer Aenderung zu unterziehen sind. Die Verhandlungen des Bürgerausschusses können in allen Punkten öffentlich sein, auch wenn sie über das Bewilligungsrecht des Bürgerausschusses hinausgehen. Es sollen bürgerschaftliche Arbeitskräfte durch Einsetzung von ständigen Kommissionen gespart werden. So wie es gemeint ist, würde man wieder doppelt nähen. Im Rahmen des Antrages wäre auch zu prüfen, ob die Zahl unserer Bürgerschaftsmitglieder im Verhältnis zu unserem Staatsgebilde zu groß ist.

Buchwald stellt den Antrag, das von Mantau Empfohlene einer Bürgerschaftskommission zu überweisen.

Mantau ist damit einverstanden, ebenfalls Dr. Ziehl.

Aug. Pape steht auf dem Standpunkt, daß der Bürgerausschuß in seiner jetzigen Zusamensetzung nicht das sei, was er sein solle: ein Vertrauensausschuß. Als seinerzeit darüber beraten wurde, die Sitzungen abends abzuhalten, da waren alle dafür, nur zwei Rentiers nicht, die Zeit genug hatten.

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Trotzdem gab sich die Tante, wie sie es ja auch gar nicht anders konnte, freundlich und verbindlich und ließ als Entschuldigung für Fräulein Stolzenberg von vornherein gelten, daß sie, wie ihr Bruder damals erzählt, schon in ihrer Jugend eine traurige Erfahrung zu machen verurteilt gewesen war. Gewiß eine herbe Enttäuschung in der Liebe oder ein Fehltritt wohl gar, den sie schwer hatte büßen müssen!? Tante Christine war ein humaner Charakter, für das Unglück war ihr Herz voll unendlicher Güte.

Doppelt erfreut und liebenswürdig, wohl auch mit aus dem Grunde, weil er das bei seiner Schwester obwaltende Manko empfand, kam Stolzenberg selbst seinem Besuche entgegen. Nach teilnehmender Erkundigung über das Befinden von Fräulein Maria wies er Malchen — das war der Name der Schwester — an, schnellstens mit dem, was in Küche und Keller vorhanden, aufzuwarten. Er selbst ließ es sich angelegen sein, Tante Christine mit allem Bemerkenswerten der Wohnung, der Einrichtung und seiner sonstigen Habe bekannt zu machen. Nichts war da groß, vornehm oder luxuriös, alles aber gediegen und von peinlichster Sauberkeit, man gewann den Eindruck, daß beide, Bruder und Schwester, mit Liebe an ihrem Eigentum, das wohl zum großen Teil noch dem Hausrat der Voreltern entstammte, hingen.

Zwei Täßchen Kaffee, Tante Christines Labe-, Leib- und liebstes Getränk, sowie ein Gläschen Vanillelikör, waren das einzige, was sie aus dem mannigfachen Vorrat, der sich da bot, akzeptierte, wenigstens für sich akzeptierte. Im Interesse Wieseles, ihres lieben kleinen Kameraden, erbat sie dann später noch zwei Cakes, deren Zahl von Stolzenberg aber auf vier erhöht wurde.

Schon bei ihrer zweiten Tasse Kaffee und, da sich der Zeiger auf der alten Standuhr mehr und mehr auf halb vier Uhr zu bewegte, merkte man der Tante Christine eine wachsende Unruhe an.

Wie sie aus Stolzenbergs damaliger Zeitbestimmung für ihren abzustattenden Gegenbesuch schließen mußte, war mit Schlag vier Uhr seine Mittagspause abgelaufen, und er mußte dann ins Geschäft.

Wollte sie also ihren Weg zu ihm nicht vergebens unternommen haben, sondern über Marias Leidensgeschichte wirklich einen Meinungsaustausch mit ihm pflegen, so galt es jetzt, zur Tat zu schreiten.

Daß dem Prokuristen selbst, der bereits mehr, als jemand es ahnte, für Maria empfand, solcher Austausch am Herzen lag, konnte die Tante nicht vermuten, umsomehr atmete sie innerlich auf, als plötzlich Stolzenberg ihr auf halbem Wege entgegenkam.

„Und in den Angelegenheiten Ihrer Fräulein Nichte mit dem Theater hat sich inzwischen nichts geändert?“ hub er an, als gerade auch Tante Christine im Begriff stand, ihm eines ihrer heimlichen Zeichen, deren Art als „Winke mit dem Zaunpfahl“ in der deutschen Sprache gekennzeichnet sind, zu versetzen.

„Nichts, gar nichts, Herr Stolzenberg,“ entfuhr es ihren Lippen mit einer Unverzüglichkeit, als hätte die Antwort schon vor der Frage dort bereit gelegen. „Aber Sie würden mir einen großen Gefallen tun, wenn Sie mir erlauben wollten —“

In der hierauf folgenden Verlegenheitspause streiften die Blicke der Tante im Rundlauf erst Stolzenberg, dann Malchen, dann Wiesele, dann die eigenen Fußspitzen, um, bei dem Prokuristen auf's Neue beginnend, durch seine entgegenkommende Antwort: „Mit dem größten Vergnügen,“ endlich zur Ruhe zu gelangen.

Stolzenberg erhob sich, trat zur Tür seines neben dem Salon gelegenen Arbeitszimmers und bat Tante Christine durch eine höfliche Geste, einzutreten, ein Augenblick, den auch das Hundchen wahrnahm, seiner Herrin auf dem Fuße zu folgen.

„Meine Nichte würde es ja nicht gutheißen,“ begann Tante Christine, nachdem Stolzenberg sie auf das Sofa, sich selbst auf einen Sessel daneben placiert hatte, „daß ich Sie mit ihren Angelegenheiten behellige —“

„O bitte, Fräulein Bergmann, keine Behelligung das.“

„Aber, da wir hier ohne jeden anderen männlichen Schutz und Rat dastehen, und meine Nichte in ihrer ganzen Laufbahn ernstlich bedroht scheint, so zögere ich nicht, mich an Sie, den zwar neuen, hoffentlich aber darum nicht weniger wohlgesinnten Freund zu wenden.“

„Sie tun recht, Fräulein Bergmann,“ erwiderte Stolzenberg, „aus sich heraus etwas in der Sache zu unternehmen. Wenn ich Sie dabei unterstützen kann, seien Sie überzeugt, es soll gern geschehen. In erster Linie allerdings müßte ich ja nun mal wissen —“

„Was eigentlich geschehen,“ unterbrach ihn Tante Christine, „um was es sich handelt. Gewiß, Herr Stolzenberg, und da muß ich Ihnen sagen, daß diese Frage schon einen sehr heiklen Punkt in meiner Mission bedeutet. Es ist für eine Dame von Bildung und Moral unter allen Umständen schwer, obscöne Dinge zu berühren, nun gar erst, sie beim rechten Namen zu nennen; schon einer Geschlechtsgenossin gegenüber ist das schwer, um wieviel schwieriger, peinlicher nicht einem Manne gegenüber.“

„Zugegeben, Fräulein Bergmann, doch dürfen Sie versichert sein, ich bin ein ernster Mensch. Je heikler der Gegenstand, den Sie zu berühren genötigt sind, desto größer auf meiner Seite der Dank für die Ehre Ihres Vertrauens.“

„Nun sind meine Jahre ja freilich,“ sprach Tante Christine weiter, „ein Schutz gegen jede irrige Beurteilung meiner Darstellung von niedrigen Dingen, und so werde ich, überzeugt, das Richtige zu tun, frei von der Leber wegreden. — Meine Nichte, die während ihres zweijährigen Engagements in E., wo sie sehr gefeiert war, die Beweise ihrer Künstlerschaft erbracht hat, kam zu höherem Fluge hierher nach X., an das größere und bessere Stadttheater. Wie sie durch ihre Leistungen als „Mignon“, „Agathe“ und „Elsa“ in den ersten vierzehn Tagen die Gunst des Publikums auch in der neuen Stellung zu gewinnen wußte, haben Sie, Herr Stolzenberg, vielleicht gehört oder gelesen oder sind selbst Zeuge einer oder der anderen Vorstellung, in der Maria auftrat, gewesen.“

„Persönlich nein,“ erklärte Stolzenberg, „persönlich habe ich Fräulein Maria zu meinem Leidwesen noch nicht gehört. Ich war durch verschiedene Krankheitsfälle in unserem Personalbestande geschäftlich sehr in Anspruch genommen und konnte einen Theaterbesuch während der neuen Saison noch nicht ermöglichen. Von anderer, maßgebender Seite aber hörte ich, daß Ihre Nichte ausgezeichnetes leistete.“

„Sehen Sie, das freut mich. Wir hätten also keinen Grund gehabt, was diese Seite des neuen Arbeitsfeldes meiner Nichte anlangt, unzufrieden zu sein. Es kam nun aber das andere, schreckliche dazwischen und machte unserer Zufriedenheit ein jähes Ende. Schon als Maria dem Herrn Direktor Ustmann ihren Antrittsbesuch abstattete, und bei Gelegenheit späterer unvermeidlicher Begegnungen auf den Proben usw., hatte sie beobachtet, ihr weiblicher Instinkt hatte es sie gelehrt, daß ihr ein Interesse von Seiten ihres Chefs zugewendet wurde, über welches sie sich nicht freuen konnte. Im Gegenteil erweckte sein absichtliches, unmotiviertes Herandrängen an ihre Person, seine aufdringliche Bewunderung ihrer körperlichen Vorzüge, in meiner Nichte, die nichts weniger als eitel oder gefallsüchtig oder gar herausfordernd genannt werden darf, ernstliche Besorgnisse.“

„Und Fräulein Maria unterrichtete Sie von ihren Beobachtungen?“ warf Stolzenberg fragend ein.

„Rückhaltlos.“

„Und Sie rieten ihr?“

„Mit dem ihr angeborenen und durch gute Erziehung befestigten Takt, die aufdringlichen Versuche des Herrn Direk-

Die Verfassung kann unter Umständen geändert werden. Herr Dr. Schlomer könne man nur beipflichten, daß das Fehlen von Fraktionen mitunter zu bedauern sei.

Dr. E. Meyer und Dimpker ersuchen, die Kommission in der Bürgerschaft zu wählen.

Der Wortführer betont, daß es immer besser sei, wenn eine andere Kommission die Frage prüfe, als eine Körperschaft, die damit Selbstmord verübe.

Der Antrag wird mit allen Stimmen gegen diejenige Dahms angenommen.

2. Antrag von Stelling und Genossen: 1. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst umfassende Maßnahmen gegen die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit, die im Winter einen noch viel größeren Umfang anzunehmen droht, zu ergreifen. 2. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Gesetzesvorlage auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung entgegenzubringen.

Stelling: Es ist nicht das erstemal, daß sich die Bürgerschaft mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt; schon wiederholt nahm sie Stellung dazu. Wie Sie wissen, sind unsere damaligen Anträge, die zunächst Maßnahmen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wünschten, abgelehnt worden. Man hat das damit begründet, daß es nicht Aufgabe des Staates sei, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Zudem sei die Arbeitslosigkeit nicht so groß. Ich will darauf hinweisen, daß die Bürgerschaft jetzt wieder scharf gemacht wurde von unserem amtlichen Organ, den „Lübeckischen Anzeigen", die kürzlich die Kompetenz der Regierung und des Staates bestritten haben und die weiter die Arbeitslosen als Arbeitsscheue hinstellten. Durch diese Aeußerung hat der Schreiber jener Zeilen bewiesen, daß er entweder kein fühlendes Herz hat für seine Mitbrüder oder nicht in der Lage ist, das zu begreifen, was er schreibt. Es ist in der Tat ein starkes Stück, die Arbeitslosen als Arbeitsscheue zu bezeichnen, das ist etwas, was mit vollem Rechte als eine Beschimpfung der Aermsten der Armen angesehen werden muß. Wer sich mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen beschäftigt, und das Reichsarbeitsblatt liest, wird gefunden haben, daß die Arbeitslosigkeit im Reiche und auch in Lübeck einen großen Umfang angenommen hat. Sie ist verursacht durch die heutige Produktionsweise. Die fortschreitende Erfindung von Maschinen macht einen Teil Arbeitskräfte überflüssig; diese können dann nicht gleich wieder anderwärts unterkommen. Eine Regelung der Produktion erfolgt nicht, es wird heutzutage willkürlich drauflos produziert, ohne Rücksicht darauf, ob Bedarf dafür vorhanden ist. Auf einmal tritt die Stockung ein und diese bringt die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit wird ferner durch die Saisonarbeit bedingt. Sie werden sagen, wir haben keine Ursache uns darum zu kümmern, Saisonarbeit bringt immer Arbeitslosigkeit mit sich. So ohne weiteres geht das denn doch nicht abzuschütteln. Wir müssen uns auch um diese kümmern. Im Baugewerbe herrscht seit Jahren eine außerordentlich starke Depression. Sie ist so stark, daß in verschiedenen Gemeinden und voraussichtlich auch im Reichstag zu Maßnahmen gedrängt wird, um die Folgen zu lindern. Auch hier in Lübeck hat die Arbeiterschaft stark unter der Depression im Baugewerbe zu leiden. Eine allgemeine Arbeitslosenzählung hat leider nicht stattgefunden, die Zählung, die in einzelnen Organisationen vorgenommen wurden, ergab bei den Bauarbeitern, Zimmerern und Holzarbeitern am letzten Sonnabend 221 Arbeitslose. Es leiden auch andere Schichten unter diesem Zustand, da die Arbeiter heutzutage bei den teuren Zeiten nicht in der Lage sind, Spargroschen auf die Seite zu bringen. Viele Arbeiter im Baugewerbe sind gezwungen, außerhalb Arbeit zu suchen, deshalb ist meinerseits kein genaues Bild von der Arbeitslosenzahl zu geben. Das Arbeiten außerhalb der Stadt birgt aber einen ungesunden Zustand in sich, vertheuert und zerrüttet das Familienleben. Mancher wird sagen, der Arbeiter kann sich ja die Familie nachkommen lassen. Das geht schon deswegen nicht, weil auch anderwärts die Arbeit nicht von Dauer ist. Wer heute in Hamburg, dann in Bremen und dann wieder in einer anderen Stadt Arbeit suchen muß, kann kein neues Heim gründen. Sie werden selbst zugeben müssen, daß wir verpflichtet sind, diese Mißstände zu beseitigen. Nebenbei handelt es sich nicht nur um baugewerbliche Arbeiter. Der Fabrikarbeiterverband zählte jetzt 75 Arbeitslose, der Transportarbeiterverband 315, Metallarbeiterverband 74, rechnet man die 221 im Baugewerbe hinzu, so kommen 685 Arbeitslose heraus. Dabei ist ein großer Teil der Arbeitslosen gar nicht erfaßt, eine kurze Umfrage bei anderen Gewerkschaften ergab 250 Arbeitslose, so daß wir mit **rund 900 Arbeitslosen** zu rechnen haben. Dann sollen größere Betriebe umfangreiche Entlassungen vornehmen wollen. Bei Thiel sollen 240 Arbeiter entlassen sein oder werden. (Zuruf Thiel: Sind entlassen!) Der „Arbeitsmarkt" hat bereits im Mai eine bedeutende Nachfrage nach Arbeit — auf 100 offene Stellen 128,9 Arbeitsuchende — festgestellt. Vergegenwärtigt man sich dies alles, dann wird man sich sagen müssen, es ist notwendig, daß etwas geschieht. Der Senat muß Maßnahmen ergreifen, da die Arbeitslosigkeit sicher noch größeren Umfang annehmen wird. Was ist unter Maßnahmen zu verstehen? Jedenfalls kommt ein Betrag von 6000 Mark, wie er früher zur Verfügung gestellt wurde, nicht in Betracht. Zunächst müssen die vorgesehenen Bauten schleunigst in Angriff genommen werden; allerdings pflichte ich Klein nicht darin bei, das Konversationshaus müßte deshalb bewilligt werden, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es wären viel wichtigere Sachen aufzuführen. Wir haben eine Reihe Projekte hier, zum Teil liegen sie in Kommissionen oder beim Senat. Soweit sie Arbeitsgelegenheit mit sich bringen, könnten sie sofort erledigt werden. Wir sind darin einig, daß eine Schwimmhalle erbaut werden muß, auch diese Frage kann erörtert werden, damit der Senat mit einer Vorlage an die Bürgerschaft kommt. Ich könnte noch manches Beispiel anführen. Die so notwendige Hochbrücke will ich mit Rücksicht auf die Finanzen nicht vorschlagen. Zu dem Schritt anderer Städte, Notstandsarbeiten vorzunehmen, möchte ich nicht raten; der Begriff Notstandsarbeiten ist ein eigenartiger. Es können solche sein, die nur Arbeitsgelegenheit schaffen, es können aber auch solche sein, die jetzt vorgenommen werden und im Interesse des Staates liegen. Letzteres ließe ich mir gefallen. Lieber wäre es uns, wenn man zu dem Mittel der Barunterstützung griffe. Man kann dagegen Bedenken haben, diese sind aber zu verscheuchen. Auch andere Städte haben dazu gegriffen und haben weiter, so weit die Kinder Arbeitsloser in Frage kommen, diesen warmes Frühstück und Mittagessen gewährt. Es kann in vielen Familien, wo wochenlange Arbeitslosigkeit herrscht, den Kindern warmes Frühstück nicht geboten werden. Ich habe mich von diesem Zustand selbst überzeugt. Da muß der Staat für die Speisung Sorge tragen. Daß hierzu Mittel bereit gestellt werden, ist selbstverständlich. Stuttgart, Berlin und andere Städte haben diesen Weg schon beschritten. Nach meiner Meinung dürften diese grundlegenden Vorschläge genügen, doch sind wir Ihnen dankbar, wenn Sie selbst noch solche machen, die die Billigung des Senats finden.

Nun komme ich zum zweiten Antrag: der Arbeitslosenversicherung. Wenn Sie die eben gehörten Ausführungen beurteilen, werden Sie zugeben müssen, daß dadurch die gegenwärtige Arbeitslosigkeit etwas gemildert werden kann. Es ist jedoch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein; es ist ausgeschlossen, daß dadurch eine durchgreifende Milderung eintritt. Wir müssen deshalb der Arbeitslosenversicherung nähertreten. Es ist Pflicht des Staates auch hier einzugreifen, denn der Staat ist der Vertreter aller derjenigen, die als Bürger in Frage kommen. Verschiedene Erwerbsstände haben sich an den Staat gewandt und von ihm gefordert, daß er ihnen helfen möge. Der Staat will dem Wunsche der Grundeigentümer, die in einer schweren Lage sein sollen, stattgeben. Auch den Arbeitern muß der Staat helfend zur Seite stehen. Allerdings, wenn man die Meinung Kleins vertritt, mit den Steuergeldern dieser könne man nicht einmal die Volksschulen unterhalten, dann freilich muß man erklären, die Arbeiter haben kein Recht auf Staatshilfe. Wenn man der Meinung ist, die Groschen der Arbeiter reichten nicht einmal für die Volksschulen, wenn man so kurzsichtig ist, dann beweist man, daß man von den Aufgaben des Staats nicht die geringste Ahnung hat. Die Arbeiter tragen doch auch zur Erhaltung des Staates bei durch Gas- und Wassergeld, sie müssen vor allem durch ihrer Hände Arbeit als diejenigen angesprochen werden, die zur Erhaltung des Staatswesens außerordentlich viel beitragen. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Der Arbeiter leistet für das Staatswesen mehr als manch einer, der sich in guter Position befindet. Er muß den Steuergroschen drei- oder viermal umdrehen und vom Munde abdarben. Er wird nur in Fällen der Not den Vater Staat um Hilfe angehen und er hat ein Recht darauf. Es heißt, das Recht ist da, die Armenunterstützung. Das ist ein bitteres Wort. Durch das Armenrecht wird auch das Wahlrecht berührt, und nach dieser Richtung hin möchte man rein und makellos dastehen. Wird den Arbeitern bei Arbeitslosigkeit heute Unterstützung zuteil, verlieren sie auch das Wahlrecht; das soll durch die Arbeitslosenversicherung abgewehrt werden. Unter der Arbeitslosigkeit haben alle Familienmitglieder zu leiden, sie bedingt schlechte Ernährung, Mitarbeit der Kinder im Rahmen des Gesetzes, sie erhalten nicht die Pflege in körperlicher und geistiger Hinsicht. Wir haben aber doch ein Interesse daran, daß die kommende Generation gesund und kräftig ist, das dient dem Staatswohl. Die Säuglingssterblichkeit nimmt bei Wirtschaftskrisen einen größeren Umfang an als sonst. Der Staat muß nach dieser Richtung hin tätig sein. Die Kriminalstatistik gibt beredte Zahlen aus den Krisenjahren. Im Jahre 1892, einem Krisenjahr, stieg die Zahl der einfachen Diebstähle auf 95 000, 1899 sank sie auf 81 000. Auch die Selbstmordstatistik wird stark von den schlechten wirtschaftlichen Zeiten beeinflußt. Ist die Arbeitslosigkeit groß und lohnender Erwerb nicht zu finden, wird auch das Heiraten erschwert, die Eheschließungen nehmen in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges ab. Rechnet der Staat kaufmännisch, so hat er auch Nutzen von der Arbeitslosenversicherung. Er spart an den Armenlasten, verhindert den Steuerausfall usw. Man hat erst vorigen Montag davon gesprochen, daß das Anlagekapital für das Konversationshaus ein werbendes sei. Das Kapital für die Arbeitslosenversicherung ist ebenfalls ein werbendes, mehr als das des Konversationshauses. Wie kulturell z. B. die Gewerkschaften in dieser Beziehung wirken, mögen Sie daraus ersehen, daß diese im vorigen Jahre allein 9 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung ausgaben. Was Lübeck betrifft, so haben in den verflossenen drei Quartalen 1913 die Transportarbeiter 14 323, die Metallarbeiter 11 053, die Fabrikarbeiter 6884 Mark, zusammen **32 260 Mark** an Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 10—15 000 Mark mehr. Mit der Arbeitslosenversicherung würde Lübeck nicht allein dastehen. Berlin, Erlangen, München, Freiburg, Kaiserslautern, Straßburg, Gera und weitere Städte haben sie eingeführt. Ueber Form und System kann man allerdings verschiedener Meinung sein. Auf ein bestimmtes will ich mich nicht festlegen. Im allgemeinen wird das Genter als das beste angesehen. Das Kaiserliche statistische Amt und das badische Ministerium treten dieser Ansicht bei. Von den Gegnern des Genter Systems wird gesagt, durch die Zuschüsse an die Gewerkschaften werden die Kassen gestärkt und der Streik gefördert. Das ist nicht der Fall. Weiter wird gesagt, wie solle es mit denen gehalten werden, die den Gewerkschaften nicht angehören. Hier schafft das Kölner System Abhilfe; es ist eine freiwillige Versicherungskasse, die sozusagen als Sparkasse betrachtet wird. In England wurde die Arbeitslosenversicherung obligatorisch eingeführt. Jeder Arbeiter ohne Ausnahme zahlt 20 Pfg. pro Woche; der Arbeitgeber dasselbe und der Staat je nach Bedarf 15 Pfg. oder mehr pro Person. Die Unterstützungssätze liegen nur im Rahmen dessen, was von den Gewerkschaften geleistet wird. Die Gegner führen das schwerste Geschütz auf. Im Industrieverein hielt der Sekretär der Gewerbekammer, Herr Dr. Allendorf, einen Vortrag über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweisfrage, in dem er gegen die Befürworter dieser Fragen in unangemessener Weise loszog. Dem Herrn steht es nicht an, uns dieserhalb Vorwürfe zu machen. Wir wollen die Kräfte nicht degenerieren, sondern über Wasser halten, sie nicht der Armut zum Opfer fallen lassen, sondern trotz Arbeitslosigkeit ihnen dazu verhelfen, daß sie frei und stolz das Haupt erheben und den Kampf ums Dasein wieder aufnehmen können. Ich hoffe von Herrn Heinsohn, daß er sich mit den Ausführungen des Sekretärs Allendorf nicht einverstanden erklärt. Es wurde auch von anderer Seite hingewiesen darauf, daß die Arbeitslosenunterstützung der hohen Lasten wegen nicht eingeführt werden könne. Es ist noch die Frage, ob man die Unternehmer dazu heranzieht, daß anders verfahren werden kann, zeigen andere Städte. Ich möchte dabei auch auf die Durchschnittsdividende der Aktiengesellschaften hinweisen, die ungerechnet der Millionen von Tantiemen 9 Proz. betrug. Davon kann auch im Interesse der Arbeiter etwas abgestoßen werden für die Opfer der Produktionsweise. Ich habe Ihnen bewiesen, daß die Einwände nicht stichhaltig sind. Wohl bin auch ich der Meinung, daß es in erster Linie Aufgabe des Reiches ist, zur Arbeitslosenversicherung überzugehen, vorläufig ist aber keine Aussicht dazu vorhanden. Das Reich ist der Meinung, es habe nur für Verstärkung von Militär und der Kriegsschiffe zu sorgen. Wir können noch eine Reihe von Jahren darauf warten, bis das Reich einschreitet. Hoffentlich tritt unser Vertreter im Bundesrat für die schleunige Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung ein. Vorläufig ist diese jedoch nicht da, deshalb muß der lübsche Staat an die Lösung der Frage herantreten. Ich erinnere nur an Bayern, wo der Prinzregent in einem Erlaß bedauerte, daß die große Arbeitslosigkeit leider zutreffe und seine Befriedigung über die geplante Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hat. Hier in Deutschland wird also schon von einem Bundesstaat versucht, die Arbeitslosenversicherung gesetzlich zu regeln. Tun Sie das auch, indem Sie den Antrag dem Bürgerausschuß überweisen. Damit beweisen Sie, daß Sie nicht nur ein Herz für die Besitzenden haben — denen Sie ein Konversationshaus bauen —, sondern auch für die Arbeitslosen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Thiel stimmt den Ausführungen des Vorredners in bezug auf die große Arbeitslosigkeit zu. Der Senat werde wohl mit Vorschlägen an die Bürgerschaft kommen, es könne aber nichts schaden, wenn die Bürgerschaft dazu Stellung nehme. Den ersten Teil des Antrags bittet Redner anzunehmen, übereinstimmen könne er aber mit dem zweiten Antrag nicht. Er sei kein prinzipieller Gegner der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, doch sei diese Frage so außerordentlich schwer und ungeklärt, daß er sich sagen müsse, er halte diese Ausführung nahezu für unmöglich. Der Gedanke der Arbeitslosenversicherung sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von bürgerlichen Sozialpolitikern ausgegangen. Als zuerst der Gedanke ausgesprochen worden sei, hätten ihn die Sozialdemokraten als utopistisch verschrien. Der Mainzer Parteitag habe ausgesprochen, daß es dem Prinzip der Sozialdemokratie widerspreche, die Mißstände der heutigen Gesellschaft innerhalb dieser Gesellschaft zu beseitigen. Er sei allerdings ein erfreulicher Umschwung eingetreten, der, wenn er anhalten würde, die Möglichkeit zu ersprießlichem Zusammenwirken hie und da bieten würde. Arbeitslosenzählungen hätten gewaltige Mängel und Differenzen gezeigt. Arbeitslos versichert soll nur derjenige sein, welcher längere Zeit unverschuldet arbeitslos gewesen ist. Wer sich an einem Streik beteiligt, ist niemals unverschuldet arbeitslos, ebensowenig der, der eine langjährige Stellung verläßt um eine bessere einzutauschen, dann sich getäuscht sieht und arbeitslos wird. Die sogenannte Landflucht, der Zug in die Stadt, seine Begleiterscheinungen bildet auch eine Hauptfrage. Berlin hätte in einem Jahre allein einen Zuzug von 30 000 jugendlichen Personen zu verzeichnen gehabt, die sehr bald den Arbeitslosenmarkt bevölkern. Seien diese verschuldet oder unverschuldet arbeitslos? Vorläufig fehle jede versicherungstechnische Grundlage zum Aufbau dieser Versicherung. Eine Reihe Gewerbe schlössen ein großes Risiko der Arbeitslosigkeit in sich. Welcher Engel vom Himmel solle da den richtigen Modus treffen. Mit den anderen staatlichen Versicherungseinrichtungen könne ein Vergleich nicht gezogen werden. Mit einer Arbeitslosenversicherung sei aber auch die Pflicht zur passenden Arbeitsannahme verbunden. Ein Konditor könne keine Landarbeit verrichten, der Schneider keine Steine klopfen. Das wäre keine passende Arbeit. Wie soll sich die Behörde aber zu den von Arbeitern gesperrten Betrieben verhalten. Sie wäre gezwungen, Arbeiter dorthin

---

tors in Schranken zu halten. Ein jeder Mann, sagte ich, wollte er noch halbwegs zu den Gebildeten zählen, pflege ja den Kreis derjenigen Hoheit, den das Weib um sich selbst zieht, ehrerbietig zu respektieren."

„Daß Herr Theaterdirektor Ustmann von jeher in dem Ruf stand, was die Frauen anbetrifft, ein Filou zu sein, wußten Sie noch nicht, als Sie herkamen?"

„Nein. In diesem Falle hätte ich sicherlich den Abschluß des Engagements meiner Nichte hintertrieben. Es würde sich gewiß auch noch ein anderer Platz für sie gefunden haben, abgesehen davon, daß ja Herr Junghans, ihre früherer Chef in E., sie gern noch auf weitere zwei Jahre seiner Bühne erhalten hätte."

„Das hiesige Engagement zu verlassen, nachdem Fräulein Maria ihre Beobachtungen gemacht, es gegen ein anderes einzutauschen, haben Sie nicht versucht?" setzte Stolzenberg seine Fragen fort.

„Versucht schon," entgegnete Tante Christine ein wenig ungeduldig, „mehr als das, genau dazu, was nur an Erdenklichem möglich war. Da gibt es kaum eine Agentur, an die meine Nichte nicht, natürlich ohne den wahren Grund anzugeben, geschrieben und geboren hätte, ihr einen anderen Platz zu verschaffen. Auch direkte Bewerbungen mit dem Angebot, für eine minimale Bezahlung zu kommen, blieben erfolglos. Das Fach war eben für die laufende Saison überall besetzt. — Um aber wieder auf unsere Geschichte zu kommen, Herr Stolzenberg — Ihre Zeit läuft ab, und es ist noch manches, was ich zu sagen habe."

Daß Stolzenberg sie so oft durch Fragen unterbrach, paßte Tante Christine gar nicht. Hatte sie sich doch alles so hübsch der Reihe nach zurecht gelegt, nun brachten seine Zwischenreden sie beinahe aus dem Konzept, und die Hauptpunkte in's Hintertreffen. Auch Wiesele schien die Bedenken seinem Herrn zu empfinden; ich fand es, daß er im selbigen Augenblick mißvergnügt gähnte.

Der Protektor sah auf seine Taschenuhr, die genau fünf Minuten nach halb vier zeigte. Er teilte die Zeit der Tante mit und bemühigte sie dahin, daß ihnen ja noch eine volle halbe Stunde zur Verfügung stände.

Voll neuen Eifers nahm Tante Christine ihre Erzählung wieder auf.

„Eines Vormittags, während einer Probe zum „Lohengrin" — meine Nichte hatte die Rollen der „Mignon" und die der „Agathe" im Freiburg schon unter vollem Ehren abgelehnt — war der Theaterdiener zu ihr heran und ersuchte sie, im Auftrage des Herrn Direktors, nach der Probe zu ihm in das Bureau zu kommen. —

Maria graute vor derartigen Einladungen, sie mußte jedoch Folge leisten. Ihr Chef konnte sie ja von etwas Dienstlichem zu benachrichten haben. So begab sie sich denn vor'm Verlassen des Theaters in das Bureau und fragte nach dem Direktor. Herr Sekretär Mosenbach versicherte, dieser warte schon in seinem Privatkabinett auf Maria. Aengstlich klopfte sie an die Tür und wurde auch durch ein sofortiges „Herein" zum Nähertreten eingeladen. Aeußerst jovial begegnete ihr auch diesmal Herr Ustmann, derartig jovial, daß Maria, wie sie mir versicherte, das Blut in ihre Wangen treten fühlte."

„Na, mein spröder Engel," sagte er, indem er sie unter das Kinn faßte, „geht denn die Sache hier nicht famos für Sie?"

„Maria antwortete, daß sie bis jetzt keinen Grund zur Klage wüßte."

„Uebermorgen haben Sie nun wieder die „Elsa", die dritte glänzende Partie, die ich Ihnen übertrage, ohne daß Sie mir bisher das geringste Zeichen der Anerkennung widmeten."

„Auf Marias wohl sehr befremdet dreinschauende Miene hat er dann erklärt, daß er wenigstens einen — Kuß schon lange verdient habe und sich den auch jetzt einfordern wolle. Marias Bitte, sie doch mit solchen Dingen zu verschonen, sie sei keine Freundin von Zärtlichkeiten und habe außer ihren nächsten Anverwandten noch nie einen Mann geküßt, erwiderte er mit den Worten, daß dann ja der Genuß für ihn ein umso beneidenswerterer sein werde und —" Tante Christines große Erregung ließ sich deutlich aus dem Zittern ihrer Stimme entnehmen — „nicht erwehren konnte sie sich des Frechen. Mit Gewalt umarmte und küßte er sie in brutaler Weise, indem er — Aber —" Wieder stockte hier die Erzählerin. „Ich bringe es doch nicht fertig, Ihnen die Geschichte in allen unerquicklichen Details zu schildern. Möge es als Zusammenfassung genügen, daß meine Nichte in die Notwendigkeit gerieten, sich mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft gegen die schamlosen Versuche ihres Angreifers zur Wehr zu setzen, und daß bei dem Ringen, das entstand, ein gutes Kleid Marias und ein wertvoller Spitzenkragen stark beschädigt wurden."

„Das ist ja haarsträubend," konnte sich hier Stolzenberg eines Einspruchs nicht enthalten.

„Zu Marias Heile pochte es gerade zu rechter Zeit von außen an der Tür und Herrn Mosenbachs Stimme meldete: „Eine Depesche — dringend!" „Eilig hat darauf Herr Ustmann eine zweite Tür, die zu einem hinteren, dunklen Korridor des Hauses führt, geöffnet und mit den schamlosen Worten: „Mit der Tugend wirst du bei mir schwerlich vorwärtskommen," meine Nichte entlassen. Außer sich eilte sie zu mir nach Hause."

(Fortsetzung folgt.)

zu senden. So türmten sich die Schwierigkeiten auf. Mit der Aufbringung der Kosten habe es sich Herr Stelling leicht gemacht. Es fehle an jedem Anhaltspunkt, die Anschauungen gingen sehr auseinander. Molkenbuhr habe auf Grund ganz alter Zahlen 220 Millionen Mark Kosten ohne jede Verwaltung herausgerechnet, heute würde eine ganz andere Summe herauskommen. In der Hamburger Bürgerschaft habe Winnig nur 120 Millionen für notwendig erachtet. Das Reich habe schon bei der Pensionsversicherung für Angestellte es ablehnen müssen, einen Zuschuß zu zahlen, was bleibt also übrig: Arbeiter und Arbeitgeber. Wo sei das Thermometer für die Gemütsart der Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten. Wie soll man die auf ständige Arbeit Haltenden zwingen, für die Unständigen, die kein Sitzleder haben, beizutragen. Man dürfe auch die Industrie, die ihre gesamte Produktion im Reiche nicht mehr absetzen könne, nicht mehr belasten, wolle man nicht die Henne töten, die die goldenen Eier lege. Wenn das Genter System zufällig an einem Ort eingeschlagen habe, dann sei noch lange nicht gesagt, daß dies auf das Reich ausgedehnt, nun auch überall zutreffe. Bedenke man ferner, daß von 6–7½ Millionen Industriearbeitern nur 2¾ Millionen organisiert seien, dann dürfe man den andern doch nicht zumuten, sie gegen ihren Willen der Organisation zuzuführen. Die gewerkschaftlichen Organisationen seien gezwungen, wenn sie keinen großen Mitgliederabfall erleiden wollten, die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Dadurch würden wieder Mittel frei und die Streiklust, wenn nicht von den Führern, so doch von jungen Leuten, die gern etwas aus der Kasse haben wollten, gefördert. Für unsere Lübecker Verhältnisse sei die Arbeitslosenversicherung unangebracht. Lübeck würde ein Dorado werden für alle jene, die sich mit der Arbeit beheifen können. Es gäbe einen kolossalen Zuzug, der nicht im Interesse der hiesigen Arbeiterschaft liegen würde. Sollte die Frage im Reiche gerecht gelöst werden, würde Redner sich freuen, so wie sie jetzt liege, bitte er, die Sache für den lübschen Staat abzulehnen.

Dahms verteidigt das Amtsblatt gegenüber Stellings Angriff. Wir hätten noch keinen sozialistischen Staat und folglich könnte man auch anderer Meinung sein.

Heinsohn kann dem zweiten Antrag nicht zustimmen, um so mehr jedoch dem ersten. Die staatlichen Arbeiten sollten gefördert werden. Dr. Allendorf habe in dem monierten Vortrag lediglich seine Ansicht geäußert. Der Gewerbekammer sei dabei kein Vorwurf zu machen.

Dr. Hartwig bestätigt die große Arbeitslosigkeit. Im September 1912 seien auf 100 Stellen 191 Arbeitsuchende gekommen, in diesem Jahre 335. Lange Arbeitslosigkeit führe zum Leichtsinn und Suff. Zu einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung werde man doch noch kommen. Man sollte jedoch von einem akademisch gebildeten Mann wie Dr. Allendorf etwas andere Ausdrücke erwarten. Schwierigkeiten würden sich wohl ergeben, bei stetigem Vorwärtssuchen werde man diese aber abschwächen. Die Grundlage zur Arbeitslosenversicherung, der zentralisierte Arbeitsnachweis, fehle hier, deshalb sei diese in absehbarer Zeit kaum durchführbar. Er werde trotzdem für den Antrag Stellings stimmen, weil er ein Freund der Arbeitslosenversicherung sei und der Senat werde sich gewiß mit der Frage beschäftigen.

Stelling: Ich bin mir der Schwierigkeit dieser Frage bewußt, habe mich viel mit den einschlägigen Systemen befaßt und bin gewiß, daß die Bedenken, die hier heute gegen die Arbeitslosenversicherung erhoben sind, zerstreut werden können. Trotzdem mache ich, da bezüglich dieser Versicherung Ihnen noch nicht ausreichend genug erscheinende Erfahrungen gemacht worden sind, den Vorschlag, den ersten Teil meines Antrages anzunehmen, den zweiten einer Bürgerschaftskommission zu überweisen. Stimmen Sie meinem Antrage zu, dann wird die Bürgerschaftskommission Gelegenheit haben, die Materie eingehend zu prüfen. Herr Dr. Hartwig frug, wie ich mir die Arbeitslosenversicherung gedacht hätte. Ich habe gesagt, ich wolle dem Senat in bezug auf das System freie Hand lassen, um die Sache nicht zu gefährden und weil ich auch einsehe, daß das eine wie das andere System seine Schattenseiten hat. Man kann die Arbeitslosenversicherung durchführen ohne den Arbeitgebern weitere Belastungen aufzuerlegen. Auch ich bin — wie schon erwähnt — der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung nur dann günstig geregelt werden kann, wenn die Arbeitsnachweisfrage geregelt wird. Ich lasse die Frage der Arbeitslosensysteme offen, nicht weil ich die Systeme nicht erläutern kann, sondern weil ich hoffe, daß die Sache einer Kommission überwiesen wird und deshalb keine längere Rede mehr halten will. Wenn die Meinungen sachlich vertreten werden, freue ich mich, nicht aber, wenn man in Beschimpfungen übergeht. Werden Arbeitslose als Arbeitsscheue bezeichnet, dann wehren wir uns. (Dahms: Ist nicht wahr! Zuruf bei den Soz.: Es ist doch so!) Es wurde von den „Lübeckischen Anzeigen" behauptet, die Arbeitslosenversicherung sei eine Prämie für Arbeitsscheue. Wenn Herr Thiel sich nicht als prinzipieller Gegner der Arbeitslosenversicherung bekennt, so ist das ein Fortschritt gegenüber den Aussprüchen von Arbeitgebertagen und der Arbeitgeberpresse. Wenn die sozialdemokratische Partei jetzt gegenüber der Arbeitslosenversicherung einen anderen Standpunkt einnimmt als vor einer Reihe von Jahren, so ist dies erklärlich und liegt darin begründet, weil dieses Gebiet damals unbekannt war. Der letzte Parteitag hat klipp und klar unseren Standpunkt zutage gefördert. Am zweckmäßigsten wäre sicherlich die Versicherung durch das Reich. Ich glaube aber nicht daran, daß es in absehbarer Zeit unseren Wünschen nachgibt. Zum mindesten kann es nicht schaden, wenn die Gemeinden und Einzelstaaten die Angelegenheit in die Hand nehmen. Eine langjährige Statistik ist nicht unumgänglich notwendig. Bei der Invalidenunterstützung ist es ohne dieses auch geglückt. Zu bedauern ist, daß nur zwei Reichsarbeitslosenzählungen stattgefunden haben, würden sie wiederholt, würde mancher Gegner umgestimmt. Richtig ist, daß nur unverschuldet Arbeitslose der Versicherung teilhaftig werden sollen. Wie man diesen Begriff auffaßt, darüber gibt es allerdings Meinungsverschiedenheiten. Streikende und Ausgesperrte fallen nicht mit unter diesen Begriff. Das ist auch die Auffassung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Anders ist es mit dem, der eine gute Stellung aufgibt und in eine schlechte gerät. Er glaubte sich zu verbessern. Wer tut das nicht? So leicht gibt keiner eine gute Stellung auf oder gar nur in der Hoffnung, ein paar Mark Arbeitslosenunterstützung zu bekommen. Es wird ja kein Lohn gewährt, sondern nur ein geringer Schutz vor vollständiger Verarmung. Angenehm ist der Bezug der Arbeitslosenunterstützung doch nicht. Von diesem Gesichtspunkt müssen Sie die Arbeitslosenunterstützung betrachten. Weiter wurde hervorgehoben, die Landflucht würde dadurch begünstigt. Dies geschieht vielmehr durch den Zuzug ausländischer Arbeiter. Die industrielle Entwicklung auch in der Landwirtschaft schafft immer mehr Saisonarbeiter. Die Landflucht ist auch lange nicht so groß, wie angenommen wird. Auf Berlin mag das zutreffen, hier nicht. Um die Sache nicht zu gefährden, habe ich von bestimmten Vorschlägen abgesehen. Herr Thiel glaubt, durch die Arbeitslosenversicherung würden die Kassen der Gewerkschaften gestärkt. Diese werden die statutarisch festgelegten Bestimmungen bezüglich der Unterstützungssätze trotzdem beibehalten, davon kann nichts abgekniapst werden. So leicht ist es mit dem Streiken denn doch auch nicht. Heute ist man erfreulicherweise dazu übergegangen, Tarifverträge abzuschließen, dadurch werden die Streiks vermindert. Wenn Herr Thiel glaubt, die Arbeitslosenversicherung sei in Lübeck unmöglich, so möchte ich ihm doch erwidern, daß die Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Es können beim Bezug der Arbeitslosenversicherung Bestimmungen getroffen werden in bezug auf längere oder kürzere Anwesenheitsdauer. Selbstverständlich ist, daß den Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung Gegenleistungen der Bezieher entgegengesetzt werden müssen. Ich hoffe, daß mein Antrag auf Kommissionsberatung angenommen wird. Kommen Sie uns wenigstens so weit entgegen, die Frage zu prüfen. Stimmen Sie ferner dem ersten Antrag möglichst einstimmig zu. (Beifall bei den Soz.)

Thiel ersucht, den zweiten Antrag keiner Bürgerschaftskommission zu überweisen, höchstens an den Bürgerausschuß. Die Bürgerschaftskommission könne doch nichts Positives schaffen.

Der erste Antrag von Stelling, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der zweite Antrag, das Ersuchen einer Bürgerschaftskommission zu überweisen wird abgelehnt. Dagegen wurde angenommen, ihn dem Bürgerausschuß zu überweisen. Es muß eine zweite Lesung erfolgen.

3. Antrag: Eingaben der Ortsgruppe Lübeck des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, des Bezirks Lübeck des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 in Hamburg und des Kreisvereins Lübeck des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Stelling nimmt den Antrag als eigenen auf und begründet ihn. Es sei nicht abzustreiten, daß der Gedanke der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe weiter um sich greife. Die Handlungsgehilfen und Hausdiener hätten dasselbe Recht wie andere, über einen freien Sonntag zu verfügen, statt hinter dem Kontor- oder Ladenfenster zu sitzen. Schon der Gesundheit wegen sei der Wunsch berechtigt. Die Handlungsgehilfen hätten so schon eine verhältnismäßig längere Arbeitszeit als die andern Arbeiter. Hierzu käme, daß die Arbeits-Räume vielfach unhygienisch seien. Die Ärzte würden ihm hier sicher zustimmen. Recht viele Handlungsgehilfen seien bleichsüchtig, litten an Lungentuberkulose, Atmungsbeschwerden usw. Durch die Sonntagsruhe würde auch die Arbeitsfreudigkeit erhöht. Eine Reihe Städte habe sich damit beschäftigt und seien der Meinung, daß die Sonntagsarbeit verkürzt werden könne. Das Reich nehme jetzt ebenfalls dazu Stellung, die Arbeit Sonntags auf drei Stunden zu beschränken. Mit der Zeit müsse die völlige Sonntagsruhe eintreten. Die Einwände dagegen würden verschwinden, wie diejenigen gegen den Acht-Uhr-Ladenschluß. Der jetzige Zustand sei schädlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auf einen Zwischenruf erklärt Redner, daß das Selbständigwerden schwer sei für alle diejenigen, die in der Wahl ihrer Eltern in bezug auf Vermögen nicht vorsichtig waren. Auch die Bevölkerung werde sich an einen neuen Zustand gewöhnen. Viele Städte seien unter die heute zulässigen 5 Stunden herabgegangen. Wir könnten mindestens durch Überweisung der Eingaben an den Bürgerausschuß gute Vorarbeit machen, mit der Zeit werde sich auch der Reichstag damit beschäftigen; dann seien wir in der Lage, mindestens sofort den Beschlüssen des Reichstages Rechnung zu tragen. Redner bittet, den Antrag dem Bürgerausschuß zu überweisen. (Zustimmung bei den Soz.)

Behn verweist auf den reichsgesetzlichen Entwurf, der ein einseitiges Vorgehen in Lübeck nicht angängig mache. Hamburger Geschäftsleute würden den neuen Zustand sehr bedauern, da sie die Landkundschaft notwendig hätten. Lübeck sei auf diese ebenfalls angewiesen. Redner ist für Überweisung an den Bürgerausschuß.

Albers bestreitet die soziale Rückständigkeit der hiesigen Kaufleute. Diese würden noch lange nicht die gesetzlichen Rechte ausnutzen. Eine Reihe Geschäftsleute würde durch besondere Bestimmungen geschädigt. Durch eine halbe Stunde mehr Freizeit werde die Gesundheit auch nicht weiter gefördert. Geschädigt hätten sich die Handlungsgehilfen durch den Hinweis auf die Bürgerschaftswahlen.

Heise sieht in dem Schriftstück der Handlungsgehilfen aus denselben Gründen wie der Vorredner eine Anmaßung und empfiehlt Überweisung an den Bürgerausschuß.

Der Antrag Stellings wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Dahms (persönlich): Das Wort Arbeitsscheue ist in dem Artikel der „Lübeckischen Anzeigen" nicht erwähnt.

Stelling: Wir haben es mit aller Schärfe im „Volksboten" kritisiert, ohne daß die „Lübeckischen Anzeigen" darauf reagierten.

Bericht der Kommission zur Vorprüfung des Antrags Meyborg, betr. einheitliche Regelung des Gehaltes der lübeckischen Zollbeamten.

Scharff wünscht die Eingabe an den Senat gerichtet, um die Arbeit zu beschleunigen. Dem stimmt der Antragsteller zu.

Das Ersuchen wird angenommen.

4. Antrag von Buchwald: Die Bürgerschaft wolle vom Senat Auskunft in folgender Angelegenheit begehren: Beim Bericht des Preisgerichts für das Kaiser-Wilhelm-Volkshaus ist ein Niederlegen und Wiederaufbau der Holstentortürme gestreift worden. Ist der Senat bereit, eine Erklärung abzugeben dahingehend, daß er allen derartigen Plänen, die geeignet sind, den kunstgeschichtlichen Wert dieses Baudenkmals zu vermindern, seine Zustimmung versagen wird?

Buchwald freut sich über den Beschluß des Vereins für Kunstfreunde und des Vereins für Heimatschutz, die sich für die Erhaltung des bekanntesten Denkmals mittelalterlicher Kriegsbaukunst ausgesprochen hätten. Das Holstentor müsse in seinem jetzigen Zustand für immer erhalten bleiben.

Senator Dr. Fehling: Der Senat ist nicht in der Lage, in einer solchen wichtigen Frage ohne gründliche Prüfung eine bindende Erklärung abzugeben. Aber das ist gewiß, daß die Errichtung des Volkshauses mit dem Holstentor nicht das geringste zu tun hat.

Nächste Sitzung Montag, den 24. November.

Schluß 10 Uhr 10 Min.

Aus der Partei.

Wahlsieg in Königsberg. Bei der stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden acht Sozialdemokraten gewählt. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion ist nunmehr 19 Mann stark.

Kommunalwahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Altenburg (S.) siegte unsere Liste mit etwa 1000 Stimmen Mehrheit über die der Gegner. Es handelte sich um die Nachwahl eines Ansässigen und eines Unansässigen. — Die Wahlen in den Gemeinden des oberen Kreises Solingen haben keine Aenderung im Besitzstande der Parteien gebracht. Besonders scharf war der Kampf in der Gemeinde Höhscheid, wo die vereinigten bürgerlichen Interessengruppen aller Art geschlossen unseren Genossen gegenüberstanden, mit dem ausgesprochenen Zweck, die sozialdemokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung fast einstimmig und in der zweiten Abteilung mit größerer Mehrheit wie vor zwei Jahren wiedergewählt. In der zweiten Abteilung haben die Bürgerlichen noch ein Mandat im Besitz. — In Wald wurden vor zwei Jahren zwei Mandate der zweiten Abteilung den vereinigten bürgerlichen Gruppen in einem Bezirk abgenommen, ein weiteres wäre in diesem Jahre gefolgt. Da hob der Bürgermeister die bisherige Bezirkseinteilung auf und gliederte den Arbeiterbezirk Mangenberg dem inneren Stadtbezirk an, wodurch eine sozialdemokratische Mehrheit für absehbare Zeit unmöglich gemacht wurde. Trotzdem brachten es unsere Genossen auf 100 Stimmen gegenüber 240 der vereinigten Gegner. In der dritten Abteilung erhöhte sich unsere Stimmenzahl von 940 auf 1032, während die der Christlich-Nationalen von 115 auf 55 zurückging. — In Ohligs wurden in der dritten Abteilung unsere Kandidaten ohne Gegenkandidaten gewählt. — In Leichlingen (unterer Kreis) gelang es uns nicht, den vereinigten Schwarzblauen die letzten zwei Mandate in der dritten Abteilung abzunehmen. Auch hier hat man durch eine neue Bezirkseinteilung und Verlegung der Wahllokale in einen abgelegenen Stadtbezirk das elende Dreiklassenwahlunrecht noch weiter verschlechtert. — Die Stadtverordnetenwahlen in der kleinen Erzgebirgsgemeinde Johanngeorgenstadt brachten unseren Genossen die sämtlichen vier zur Wahl stehenden Mandate.

Polizeischikanen gibt's nicht! Die Verlesung des Hauptmannschen Jahrhundert-Festspiels im Breslauer Gewerkschaftshause war seinerzeit als politische Versammlung angemeldet worden und die Polizei hatte auch zwei Beamte entsandt, die der Rezitation von Anfang bis Ende beiwohnten. Nachträglich fiel ihr aber ein, daß sie den Veranstaltern doch noch eins am Zeuge flicken konnte. Auf eine Oberpräsidialverordnung stützt sie das Verlangen, daß die Veranstaltung als „Deklamatorischer Vortrag" hätte angezeigt werden müssen, und da das nicht geschehen ist, sendet sie zwei Genossen ein Strafmandat von je 15 Mk. Da die Polizei eine Anmeldung in der Hand hatte, da sie ferner genau wußte, was zum Vortrag kam und die Versammlung auch überwachte, wird das Gericht über ihre Strafbefehle entscheiden. Aus Versehen hatte die Expedition der „Volkswacht" als Belagexemplar eine alte Zeitungsnummer gesandt, aber auf telephonischen Anruf sofort umgetauscht. Das kleine Versehen, das auch der polizeiliche Abnahmebeamte nicht bemerkte, war Ursache zu einem Strafbefahl von Mk. Das Schöffengericht konnte beim besten Wissen kein strafbares Vergehen in dem Irrtum entdecken und sprach den Schwerverbrecher frei. Aber Polizeischikanen gibt's nicht!

Gewerkschaftsbewegung.

Differenzen in der Schuhfabrik Paul Lainga in Straußberg. Genannte Firma hat etwa einem Drittel ihrer beschäftigten Arbeiter erhebliche Lohnreduzierungen angekündigt, die am 1. Dezember in Kraft treten sollen, und die für die einzelnen davon betroffenen Arbeiter einen wöchentlichen Lohnverlust von 2 bis 7 Mk. ausmachen. Die Arbeiter verlangten die Zurücknahme der Lohnkürzungen. Da der Unternehmer sich dessen weigerte, haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht. Die Firma ist bis auf weiteres streng zu meiden.

Arbeitslosenunterstützung in Heidelberg. Der Stadtrat von Heidelberg beschloß, eine Arbeitslosenunterstützung nach dem Mannheimer Muster einzuführen, d. h. allen ein Jahr in Heidelberg ansässigen Arbeitern im Falle der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung von 70 Pfg. bis zu einer Mark pro Tag zukommen zu lassen. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wird die städtische Unterstützung durch die Gewerkschaften ausbezahlt, während die Nichtorganisierten die Unterstützung auf dem städtischen Arbeitsamt abheben. Die Nichtorganisierten brauchen Beiträge in eine städtische Versicherungskasse nicht zu zahlen; dagegen sind für sie die statutarischen Bestimmungen zum Bezuge der Unterstützung in Rücksicht auf die schwierigere Kontrollmöglichkeit schärfer abgefaßt, als jene, die für die organisierten Arbeiter maßgebend sind. Die Annahme dieser städtischen Vorlage im Bürgerausschuß hält man für gesichert.

Das Militärverhältnis am Tage der Kontrollversammlung.

Das nationalliberale Herrenhausmitglied Oberlandesgerichtspräsident a. D. Wirklicher Geh. Rat und Kronsyndikus Dr. Hamm in Bonn nimmt in der „Deutschen Juristen-Zeitung" Stellung zu der durch den Erfurter Reservistenprozeß wieder aktuell gewordenen Frage, in wie weit die Soldaten am Kontrollversammlungstage den Militärgesetzen unterstehen. Dr. Hamm erkennt an, daß infolge des Notgesetzes vom vorigen Jahre die Strafen der Erfurter Verurteilten herabgesetzt worden sind, aber der Gesetzgeber habe den eigentlichen Grund verkannt, auf dem die Erregung des Rechtsgefühls im Volke beruhte: „Denn die Bewegung richtet sich nicht bloß gegen die Höhe der Strafen für militärischen Aufruhr, sondern auch und vor allem dagegen, daß der vorliegende Fall überhaupt vom Gericht als militärischer Aufruhr bestraft worden war."

Im weiteren setzt Dr. Hamm auseinander, daß militärischer Aufruhr natürlich nur im Dienste begangen werden kann. Es handele sich also darum, ob sich die zu einer Kontrollversammlung berufenen Personen des Beurlaubtenstandes auch nach deren Schluß noch für den ganzen Rest des Tages „im Dienst" befinden. Dr. Hamm bestreitet das; er beruft sich bei seiner Stellungnahme auf den Oberkriegsgerichtsrat Dr. v. Bippen und auf seine eigene Praxis als Landwehroffizier. Nach dem früheren preußischen Recht habe das Militärverhältnis nur bestanden, für die Dauer der Anwesenheit des Beurlaubten im dienstlichen Verhältnis. Auch die jetzt geltenden militärischen Gesetze rechtfertigen eine Ausdehnung des militärischen Verhältnisses auf den ganzen Tag der Kontrollversammlung nicht. In den ersten zehn Jahren ihres Bestehens sind auch Bestrafungen dieser Art nicht vorgekommen. Erst im Jahre 1885 hat das Reichsgericht den Grundsatz aufgestellt, daß die Reservisten den ganzen Tag der Kontrollversammlung unter den militärischen Gesetzen stehen. In diesem ersten Urteil handelte es sich aber um die Beschimpfung und Beleidigung des Kontrolloffiziers nach dem Schlusse der Kontrollversammlung. Diese besondere Sachlage mag das Reichsgericht bei seiner Entscheidung wesentlich mit beeinflußt haben. Dr. v. Hamm fährt dann fort:

„Gemäß der Entstehungsgeschichte des § 38 B 1 des Reichsmilitärgesetzes halte ich mit v. Bippen die Entscheidungen des Reichsgerichts für unrichtig und auch seit Erlaß dieser Bestimmung die zu einer Kontrollversammlung zusammengerufenen Personen des Beurlaubtenstandes nur während der Kontrollversammlung für dem aktiven Heere angehörig und den Militärgesetzen unterstehend. . . .

Es ist zuzugeben, daß zur Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin für Fälle, wie der erste (der der Reichsgerichtsentscheidung von 1885 zugrunde lag), die Autorität der Offiziere, welche die Kontrollversammlung abgehalten haben, eines besonderen Schutzes bedarf. Aber das zu dem Ende die Mannschaften für den ganzen Tag zu aktiven Soldaten gemacht, in jeder Beziehung unter die Militärgesetze gestellt,

der Landgendarm und jeder Unteroffizier der Linie und der Reserve, selbst ohne daß diese an der Kontrollversammlung teilgenommen haben, für den ganzen Tag zu ihren Vorgesetzten gemacht werden, ist eine künstliche Fiktion, die, mag sie auch auf der Kontrollversammlung den Mannschaften insgesamt in Erinnerung gebracht worden sein, sich schwerlich bei jedem Reservisten oder Wehrmann in lebendigem Bewußtsein erhalten wird. Bei Entlassung nach einer Mobilmachung oder nach einer längeren Uebung liegt die Sache ganz anders. Da hat der Entlassene in einem längeren militärischen Dienstverhältnis gestanden, fühlt sich noch im Zusammenhang mit dem aktiven Heer, und da ist für ihn die jedem Einzelnen bei der Auskleidung eingeschärfte Bestimmung, daß er für den ganzen Entlassungstag noch unter den Militärgesetzen stehe, durchaus verständlich und lebendig.

Auch nachdem jetzt für leichtere Fälle des militärischen Aufruhrs das Mindestmaß der Strafe auf sechs Monate bezw. ein Jahr Gefängnis ermäßigt worden ist, dürfte die Anwendung dieser Strafbestimmung auf Fälle, wie den Erfurter, über das Verschulden des Täters und das im Interesse der militärischen Disziplin Erforderliche hinausgehen.

Da die Strafbestimmung vor allem für den militärischen Aufruhr im aktiven Heere gilt, verbietet sich im Interesse der militärischen Disziplin eine weitere Herabsetzung der Strafe. Dagegen ist eine Prüfung geboten, ob nicht die Anwendung auf Personen des Beurlaubtenstandes zu weit geht. Insbesondere werden die gesetzgeberischen Faktoren erwägen müssen, ob nicht § 38 B 1 des Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 gegenüber der gegenwärtig feststehenden Auslegung dahin zu ändern oder zu ergänzen ist, daß die zu einer Kontrollversammlung Einberufenen, wie dies früher gemäß dem preußischen Militärstrafgesetzbuch jahrzehntelang der Fall war, nur für die Dauer der Kontrollversammlung dem aktiven Heere angehören und unter den Militärstrafgesetzen stehen.

Es bliebe dann noch immer für die Personen des Beurlaubtenstandes der § 113 des Militärstrafgesetzbuches in Geltung. Danach fallen sie auch ohne einberufen zu sein, unter die Strafbestimmungen des Militärstrafgesetzbuches für Zuwiderhandlung gegen militärische Unterordnung, wenn sie diese im dienstlichen Verkehr mit den Vorgesetzten oder in Militäruniform begehen."

Dr. Hamm geht sogar noch weiter, um die militärische Disziplin ja nicht in Gefahr zu bringen, will er selbst dann eine Verfolgung von Reservisten auf Grund des Militärstrafgesetzbuches zulassen, wenn die nach der Kontrollversammlung eine Achtungsverletzung, Beleidigung rc. gegen Vorgesetzte begehen, die an der Kontrollversammlung dienstlich teilgenommen haben. Man sollte meinen, unter solchen Kautelen könnte Reichstag und Regierung dem Vorschlage Dr. Hamms schleunigst beitreten.

Soziales.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Einen Ortsgesetzentwurf über die Arbeitslosenfürsorge hat die sozialdemokratische Mehrheit des Gemeinderats der Stadt Gera-Reuß am Freitag eingebracht. Der Entwurf ist den Ortsgesetzen einiger süddeutscher Städte nachgebildet. Der dem Arbeitslosen zu gewährleistende Zuschuß beträgt pro Werktag 50 Pfg. für Ledige und 70 Pfg. für Verheiratete. Hat der Arbeitslose Kinder unter 15 Jahren zu ernähren, so erhöht sich der Zuschuß für jedes Kind um 15 Pfg. täglich. Der Zuschuß darf den Gesamtbetrag von täglich 1,30 Mk. nicht übersteigen, er wird nur vom 6. Tage der Arbeitslosigkeit an für höchstens 78 Tage im Jahre gezahlt. Es sind dann noch besondere Bestimmungen für Berufsvereine und eine Spareinrichtung für Arbeiter, die keinem Berufsvereine mit Spareinrichtung angehören, getroffen, die sich den obigen Sätzen anpassen. Die Sache wurde einem gemischten Ausschuß überwiesen. Die bürgerlichen Vertreter traten natürlich sehr scharf gegen das Projekt auf und gingen so weit, von den Arbeitslosen als von arbeitsscheuem Gesindel zu reden. Den Herren wurde von unseren Genossen gehörig heimgeleuchtet. Bemerkenswert war, daß die drei Vertreter der natoinalen Arbeiter durch Abwesenheit glänzten.

In Augsburg hat die sozialdemokratische Rathausfraktion folgende Anträge gestellt: 1. Schleunigst einen Entwurf einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten. Dem Entwurf ist das seinerzeit von der bayerischen Staatsregierung ausgearbeitete Musterstatut zugrunde zu legen. Zur Durchführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung ist vorerst die Summe von 15 000 Mk. in den Etat 1914 einzustellen. Die bayrische Staatsregierung soll ersucht werden, zu dieser Versicherung einen entsprechenden Zuschuß zu leisten. 2. Es seien bis zur Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung Mittel bereitzustellen, um bedürftigen, in Augsburg heimatberechtigten Arbeitslosen Unterstützung gewähren zu können. Diese Unterstützung darf nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen. 3. Es seien zur Milderung der Arbeitslosigkeit die schon beschlossenen gemeindlichen Arbeiten mit tunlichster Beschleunigung zur Ausführung zu bringen. 4. Die Vertreter der Stadt Augsburg sollen beim bayerischen Städteverband darauf hinwirken, daß zu der Frage der Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung Stellung genommen wird, ferner, daß der Städteverband an den Bundesrat den Antrag stellt, die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durchzuführen.

Der riesige Umfang der Volksversicherung in Deutschland ist aus folgenden Zahlen zu ersehen. Bei den 15 privaten Versicherungsgesellschaften, welche die Volksversicherung betreiben, bestanden Ende 1911 7 951 534 Volksversicherungen mit einem Versicherungskapital von 1 595 878 735,— Mk. Bis Ende 1912 waren diese Zahlen gestiegen auf 8 320 546 Volksversicherungen mit 1 709 070 231 Mk. Versicherungskapital. Am deutlichsten zeigt sich das rasche Wachstum durch die Steigerung der jährlichen Neuzugänge. Im Jahre 1912 überstiegen die Neuzugänge alle seitherigen Ergebnisse. Es waren zu verzeichnen bei allen Gesellschaften zusammen mehr als eine Million Versicherungen, mit einer Versicherungssumme von annähernd 245 Millionen Mark. Wie groß die Bedeutung der Volksversicherung für die Bevölkerung ist, zeigt die Tatsache, daß von den kapitalistischen Gesellschaften in den letzten fünf Jahren fast 255 Millionen Mark an die Versicherten ausgezahlt wurden. In Zukunft wird durch die Wirksamkeit der Volksfürsorge für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes die Volksversicherung noch eine größere Bedeutung erhalten.

Arbeitslosenfürsorge. In Mühlhausen in Thür. wurden auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion von der Stadt Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit angestellt. Der Oberbürgermeister berichtete in der letzten Stadtverordnetenversammlung, daß eine größere Arbeitslosigkeit vorläufig nicht bestehe. Die meisten Fabriken seien noch gut beschäftigt. Vorsorgehalber beantragten die Sozialdemokraten folgende Maßnahmen: Vorbereitung von Notstandsarbeiten während des Winters und Vorbereitung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System.

Aus der Jugendbewegung.

Die Jungdeutschlandzeitung am Pranger. Gegen den Regierungspräsidenten von Merseburg und den Rektor der Fortbildungsschule, Nicksch in Schkeuditz, mußte die Strafkammer in Halle a. d. S. am Freitag Stellung nehmen in einem sehr interessanten Prozeß, der gegen einen Fortbildungsschüler von Schkeuditz durch die dortige Schulverwaltung anhängig gemacht worden war. Seinerzeit hat der Regierungspräsident im Einverständnis mit dem Rektor, ohne vorher die zuständige Schuldeputation zu fragen, verfügt, die berüchtigte Zeitschrift: „Wir sind Deutschlands Jugend" als „Lernmittel" für die Fortbildungsschule einzuführen. Die Schüler wurden gezwungen, die Zeitung zu abonnieren, sie sollten dafür pro Jahr 60 Pfg. zahlen und die Schulverwaltung zahlte einen Zuschuß von 40 Pfg. pro Kopf. Da sich zunächst 19, später nur ein Schüler weigerten, dieser empörenden Anordnung nachzukommen, ergingen Strafmandate auf Grund des Ortsstatuts betreffend die Fortbildungsschule, und schließlich verurteilte das Schkeuditzer Schöffengericht die Schüler zur Zahlung von Geldstrafen von je 3 Mk. Das Schöffengericht hatte sich um die Frage, ob jene Zeitschrift ein Lernmittel sei, herumgedrückt und nur formell nach dem „Buchstaben des Gesetzes" verurteilt. — Der Verteidiger der „Angeklagten", Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin, focht aber das Urteil durch Berufung an und hatte als Sachverständigen den bekannten Pädagogen, Professor Paul Barth, von der Universität in Leipzig laden lassen. Genosse Heine ließ aus jener Schmähschrift gegen die Sozialdemokratie nur zwei Artikel vorlesen, in denen die Wahrheit bezüglich des Verhaltens der Sozialdemokratie zu den Steuerfragen im Reichstage geradezu auf den Kopf gestellt wurde. Dann wurde aus dem Schandblatt eine Kritik über die Genossen Borchardt und Leinert vom Landtage verlesen, in der ein Schutzmann zum „Versohlen" aufgefordert und für gewisse Leute eine fünfte Wählerklasse gefordert wurde. Und schließlich gab man aus dem Blatte noch folgendes Poem zum besten:

Wir sind Sozialdemokraten, wir sind Feinde des Lichts. Vallera. — Wir essen gern Schinken und Braten, und arbeiten tun wir nichts! Vallera. — Wir treten zu Boden, wie man's tut und man's hat. Unsere Hoffnung ist und bleibt auf dieser Welt — der Zukunftsstaat — Vallera! Juchhei!

Das Gericht ließ nicht zu, daß sich der Sachverständige, Professor Barth, über den allgemeinen Inhalt der Zeitschrift als „Lernmittel" äußerte. Es hatte aber anerkannt, als Genosse Heine noch mehrere Artikel zum Verlesen anbot, daß die Vorlegung der zwei Artikel zur Beurteilung der Sachlage völlig genügen. Professor Barth wurde aber schließlich darüber vernommen, ob periodische Zeitschriften allgemein als Lernmittel gelten könnten? Der Gelehrte verneinte die Frage und meinte, Rektor und Lehrer müßten die Lernmittel vor der Verabreichung an die Schüler beurteilen können. Das sei wohl bei einem vorher zu prüfenden Buche, nicht aber bei einer periodischen Zeitschrift möglich. Man könne doch vorher nicht wissen, ob die Mitarbeiter solcher Zeitschrift den notwendigen Takt besäßen, die Jugend zu belehren. Es sei sehr bedenklich, die Politik in die Lernmittel hineinzubringen. Alle Pädagogen, die es mit der Jugend gut meinen, verlangen, daß die Jugend mit politischen Dingen nicht behelligt wird. Eine Zeitschrift wie die vorliegende, könne keineswegs als ein Lernmittel angesehen werden. — Genosse Heine ging mit dieser Art bürgerlicher Jugendpflege scharf ins Gericht und bezeichnete es als ein pädagogisches Verbrechen, solch elendes, jämmerliches Machwerk Kindern als Lernmittel in die Finger zu drücken. Die Strafkammer möge bekennen, daß solcher Mißbrauch mit Schülern sozialdemokratischer Eltern nicht getrieben werden dürfe. — Auf Grund des Sachverständigengutachtens kam dann das Gericht auch zur Freisprechung der Schüler. Jene Zeitschrift sei kein Lernmittel.

Aus dem Gerichtssaal.

Vom Halleschen Meineidsverein. Der Meineidsklub „Kanone", der seinerzeit unter Leitung des Arbeitswilligen-Agenten, Maurermeisters William Pfeiffer gegründet worden ist, beschäftigte am Sonnabend wiederum das Hallesche Schwurgericht. Angeklagt war der Flugapparatbauer Fritz Becker, der zugunsten Pfeiffers in einem Zivilprozeß für Entschädigung einen Meineid geleistet hat. Um Geschäftsleute zu betrügen, hatte erst Pfeiffer für Becker und nachher Becker für Pfeiffer geschworen. Man nannte solches Verfahren im Klub — „Kanone machen". Im vorliegenden Fall verlangte ein Lieferant für den an Becker gelieferten Motor 6000 Mark. Pf. und B. schlossen ein Scheingeschäft ab, um den Lieferanten zu prellen. Pfeiffer, die stolze Stütze des Unternehmertums und der Arbeitswilligen, wurde zur Verhandlung als Zuchthäusler kurz geschoren und bartlos in „Uniform" vorgeführt und gab nunmehr den mit Becker begangenen Schwindel zu. Die Folge davon war, daß Becker zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. — Inzwischen werden zur nächsten Schwurgerichtsperiode weitere Meineidsprozesse des Pfeifferklubs vorbereitet. Es erfolgten weitere Verhaftungen. Auch der Bureauvorsteher zweier Rechtsanwälte von Halle, Kreuzberg, der bei Scheinverträgen usw. mitgewirkt haben soll, wurde wegen Meineids in Haft genommen, später aber wieder freigelassen.

Aus Nah und Fern.

Freier Militärverein. In Elstra i. Sachs. hat die Hetze der Sozialistentöter und Konsumvereinsgegner bewirkt, daß eine Anzahl Militärvereinsmitglieder aus dem sogenannten königlich-sächsischen Militärverein wegen ihrer Mitgliedschaft beim Konsumverein ausgeschlossen wurden. Das hatte zur Folge, daß auch andere Mitglieder sich mit den Ausgeschlossenen solidarisch erklärten und einen neuen Verein gründeten, der sich jetzt freier Militärverein nennt.

Doppelselbstmord im Laboratorium. Die Inhaber des Großdrogengeschäftes Paul in Chemnitz, die Brüder Rudolf und Martin Paul, die beide anfangs der fünfziger Jahre standen, haben gemeinsam Selbstmord begangen. Sonntag vormittag waren beide noch in ihrem Laboratorium tätig. Nachmittags erhängten sie sich gleichzeitig im Laboratorium. Als man sie auffand, war der Tod schon eingetreten. Die Nachricht von dem Doppelselbstmord verbreitete sich mit großer Schnelligkeit in der Stadt und wurde auch in einem Bierlokal einem Freunde der beiden Toten mitgeteilt. Dieser wurde aus Erregung von einem Herzschlag getroffen und fiel tot vom Stuhl. Über die Gründe des Selbstmordes ist noch nichts Näheres bekannt. Es verlautet allerdings gerüchtweise, daß finanzielle Schwierigkeiten die Ursache der Tragödie seien.

Bureaukratismus im 20. Jahrhundert. Man schreibt der „Frkf. Ztg.": Eine Steuerbehörde wendet sich mittels angebogener Antwortkarte an ein Polizei-Meldeamt mit dem Ersuchen um Angabe der Wohnung eines dorthin abgemeldeten Steuerpflichtigen, wofür sie an Porto 10 Pfennige aufwendet. Die angebogene Karte kommt zurück mit dem Vermerk, daß zunächst 25 Pfennige Gebühr und 10 Pfennige Porto einzusenden und dieses Schreiben wieder beizufügen sei. Die Steuerbehörde schickt „dieses Schreiben" wieder ein und legt vermeintlich 35 Pfennige in Briefmarken bei. Nach Abgang der Post findet sie, daß die 20-Pfennig-Marke versehentlich liegen geblieben ist und schickt sie mit Begleitschreiben an das Meldeamt nach. Portoauslagen für beide Schreiben zusammen 20 Pfennige. Bald darauf kommt vom Meldeamt ein Brief, dem sämtliche „Akten" und eine 5-Pfennig-Marke beigelegt waren, mit dem Vermerk: „Es liegen nur 15 Pfennige bei, davon 10 Pfennige für Porto verwendet. Zu Ihrer Anfrage betr. X. wollen Sie zunächst 0.25 Mark Gebühren und 0.10 Mark Porto hierher einsenden und dieses Schreiben wieder beifügen." Unterdessen sind die 20 Pfennig Porto bei dem Meldeamt eingelaufen. Nun erhält die Steuerbehörde eine Postkarte als „Portopflichtige Dienstsache", also belastet mit 5 Pfennigen Porto und dem Vermerk: „Bitte das erste Schreiben und noch 5 Pfg. (Gebühr 0.25 Mk.) einsenden." Die Steuerbehörde schickt hierauf die verlangten 5 Pfennige und noch 10 Pfennige Porto ein (Porto und Einlage zusammen 25 Pfennige) und erhält darauf endlich die Mitteilung: „Die gesuchte Person ist hier nicht gemeldet". Die Feststellung, daß der Steuerpflichtige nicht gemeldet ist, kostete 95 Pfennig Porto und acht Schriftstücke und Postsendungen. Weiteres überflüssig!

Vier Personen durch Kohlengase vergiftet. In dem Dorfe Asbach, Regierungsbezirk Kassel, verloren die 30 Jahre alte Frau des Gutsbesitzers Bauer, eine bei ihr zu Besuch weilende 30 Jahre alte Verwandte, ein dreijähriges und ein neugeborenes Kind durch aus dem Ofen ausströmende Kohlengase ihr Leben.

Der Deutsche Freidenker-Kalender, Freireligiöses Jahrbuch für 1914. Im Auftrag des Deutschen Freidenkerbundes herausgegeben von E. Vogtherr. Er bietet wieder eine reiche Fülle des Nützlichen und Wissenswerten für alle freigeistigen Organisationen und für alle Einzelpersonen, die am freidenkerischen und freireligiösen Leben Anteil nehmen. Aus dem Inhalt seien hervorgehoben die Aufsätze von Dr. Bruno Wille: „Und das Licht scheint in der Finsternis"; Dr. Herm. Ohr: „Geistesfreiheit"; G. Tschirn: „Was ich als Kind erlebte"; Dr. Georg Kramer: „Der „blinde" Zufall"; E. Vogtherr: „Konrad Deubler, der Bauernphilosoph" und „Die Jesuiten-Jubelfeier" rc. — Drei wohlgelungene Illustrationen geben dem Büchelchen einen besonderen Schmuck. Das reiche Adressen-Material der freigeistigen Vereinigungen, Redner und Zeitschriften ist wesentlich erweitert und vervollständigt. Der Kalender ist gegen Einsendung von 60 Pfg. portofrei von der Geschäftsstelle des Bundes, München 2, für die Schweiz zu 75 Cts. durch die Geschäftsstelle des Deutsch-Schweizerischen Freidenkerbundes, Zürich, zu beziehen.

Wegen Spionageverdachts wurde am Sonnabend in Genf auf Anweisung der schweizerischen Behörde der Hauptmann und Ingenieur im französischen Kriegsministerium, Larjuier, verhaftet. Auch die Festnahme eines Beamten in Genf steht bevor. Larjuier stand nachweislich in Verbindung mit einer Anzahl von Spionen, darunter auch mit dem kürzlich in Rom verhafteten Italiener Menozzi. Eine umfangreiche Korrespondenz, die Larjuier mit der französischen Sicherheitspolizei geführt hat, soll beschlagnahmt werden.

Zur Wackesaffäre. Aus Straßburg wird gemeldet, daß Oberst v. Reutter, der Vorgesetzte des Leutnants v. Forstner in Zabern, der kürzlich in Urlaub ging, nicht mehr als Oberst nach Zabern zurückkehren wird. Dagegen tut der Leutnant v. Forstner, der Urheber der Zaberner Unruhen nach wie vor Dienst. Die „Köln. Zeitung" hat übrigens aus guter Quelle erfahren, daß an die militärischen Vorgesetzten in Elsaß strenge Anweisung ergangen sei, das Wort Wackes nicht mehr anzuwenden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Sage hiermit der Firma Villeroy & Boch, meinen Meistern und Mitarbeitern in Dänischburg für die mir zuteil gewordene Unterstützung meinen herzlichen Dank.

August Langhoff

8631) [illegible] 55, I.

Wir gratulieren nur allerbest, unsere Kollegin Frau **Bibcke** zur Geburtstagsfest. [illegible]

8611) **Der kreuzfidele Kaffeeklub.**

Für die zahlreiche Beteiligung und die überaus reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Entschlafenen danke herzlich.

8624 **Ernst Teckenburg.**

Danksagung. (8630)

Hierdurch allen Bekannten für die bei der Beerdigung meiner lieben Frau erwiesene Teilnahme, vor allen meinen Kollegen und Genossen meinen innigsten Dank.

Karl Ohlandt und Kinder.

Randorf, den 17. November 1913.

Ges. zum 1. April 1914 abgeschl. **3- od. gr. 2-Zimmer-Wohn.** am od. Nähe Hafen. Ang. m. Preis u. **S B 4** a. d. Exp. d. Bl. (8637

Haus mit 2 Wohnungen sof. zu verk.
Lachswehr-Allee 7500 Mk.
Moislinger Allee 7000 Mk.
Krausestraße 5700 Mk. (8636
Mittelstraße 7500 Mk.
Ernst Stegemann, Beckergrube 57, I.

Kl. Haus an der Wakenitzmauer b. Burgt., enth. 3 Wohn. Preis 4500 Mk. bei 500 Mk. Anzahlung zu verkaufen. (8612
Näheres Untertrave 14.

Mehrere Weinflaschen sowie ein **3flammiger Petroleumkocher** zu verkaufen. Attendornstr. 14, part.

Skunks-Opossum-Kragen und **Muff,** fast neu, und ein **Puppenwagen** billig zu verkaufen.
8620) Wickedestraße 54.

2rädriger Ziehwagen
passend für Baubranche, billig zu verkaufen. (8618) Glorinstr. 6. p.

Neuer Waschtopf zu verkaufen. Zu besehen morgens. (8619
Wakenitzmauer 9a, III.

Verl. am Sonntag im Waisen-Ho, Fack. All., eine gelb. braun. Pelz-Boa Abzug. geg. Bel. Klappenstr. 14a, I.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 19. November v. 1 Uhr ab. (8622
Dr. med. Feldmann, Geibelplatz 12
Dr. med. Raben, Hüxtertor-Allee 13.
Dr. med. G. Hofstaetter, Moisl. Allee 2

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.
Johannisstraße 46.